

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstag.

Abonnementspreis pro Quartal 80 S.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 15. September 1900.

Inserats die dreispaltige Zeile oder deren Raum 50 S.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Suttelpfstraße Nr. 9.

Inhalt: Die chinesischen Wirren und die Krise. I. — Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1899. III. — Die Streiks in Deutschland im Jahre 1899. I. — Feuilleton: Metall und Maschinen auf der Pariser Weltausstellung. — Eine wichtige Aufgabe für die Gewerkschaften. — Mittheilungen aus der Metallindustrie. — Zur Aussperrung in Hamburg. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Quittung über die im August bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Aus der Feilenbranche. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Fahrradarbeitern nach **Brannschweig** (Brunsbiga) R., M.;
 - von Feingoldschlägern nach **Dresden**;
 - von Feilenbauern nach **Brandenburg a. Havel** (Kobisch), nach **Nürnberg** (Benj. Wild, Georg Weber), nach **Würzburg** (Nagel);
 - von Flaschnern (Klempnern) nach **Brandenburg a. S.** (Börkte), nach **Düsseldorf**, nach **Essen a. Ruhr** (Moritz Kohl), nach **Magdeburg** Str., nach **Koschke i. M.**, nach **Sollingen**, nach **Wandsbeck** (Glaufen, David, Ebert, Kuhl, Paulich, Howald E. Schaller, Scharnberg, Schreiber, Stollberg);
 - von Formern und Stiebereiarbeitern nach **Sera** (Maschinenbau-A.-G.), nach **Hannover** (Prigar u. Jhjen) Str. (Kunstformern), nach **Böln-Chrenfeld** (Schmitz), nach **Neumarkt i. Oberpf.**, nach **Pirna** (Gebr. Rein) R., nach **Wittenberg**, Bez. Halle, M., nach **Sterode a. S.** (Gärtner) Str.;
 - von Installeuren nach **Düsseldorf**, nach **Magdeburg** Str.;
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach **Gotha** (Gebr. Duppel) R., nach **Hamburg** Str. bezw. A.;
 - von Metallbrückern nach **Erlangen**;
 - von Schlossbauern nach **Groitzsch** (Timm A. Tag) Str.;
 - von Schmieden (Eisen- u. Wagenschmiede) nach **Harzau** R.;
 - von Zinggießern nach **Böln-Chrenfeld** (Schmitz, Kunst- und Bronzegeleßerei).
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche **Abschaupt zu meiden sind**; v. St. heißt: Streit in Aussicht; u.: Unruhe; u.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Die chinesischen Wirren und die Krise.

I.

Ein Zug der Gewaltthätigkeit und Vergewaltigung gegen die Kleinen geht seit Jahren durch die innere und äußere Politik Deutschlands. Die herrschenden und regierenden Klassen haben dem Staate einseitig den Stempel des Unternehmerrückwärtigkeit aufgedrückt, dessen einseitige Interessen die leitenden und maßgebenden Gesichtspunkte bilden. Bei Allem, was gethan und unterlassen wird, fragt man sich nicht bloß nach dem Rezipiente Capris, wie es auf die Sozialdemokratie wirkt, sondern ob es den Unternehmern und den in deren Diensten stehenden bürgerlichen Parteien von Nutzen ist. So kam seiner Zeit die Umsturzvorlage zu Stande, so die Zuchtanordnung und so sollen die Arbeiter auf dem Gebiete der Krankenversicherung entrechtet und zu Selbsten gemacht werden. Immer dieselbe Anwendung der Staatsgewalt im Dienste der Großen zum Nachtheil der Kleinen, immer Haß und Wuth, Verfolgung und Unterdrückung, Entrechtung und Vergewaltigung der Arbeiter, von denen man als blutige Selbstverhöhnung nach Vertrauen zu ihren ärgsten Gegnern und giftigsten Feinden verlangt. Mit dieser brutalen und verwerflichen Gewaltpolitik hat man denn auch bisher immer das gerade Gegentheil dessen, was man wollte, erreicht; man hat die Gegensätze verschärft, die bestehende Klüfte erweitert, die Arbeiter untröstlicher und kritischer als je gemacht und

so nicht die bürgerlichen Parteien, sondern die Sozialdemokratie gestärkt.

Im Ausland hat die Gewaltpolitik das gleiche Fiasko erlebt. Der japanisch-chinesische Krieg, der im Jahre 1895 wegen des Einflusses der beiden Staaten in Korea ausbrach, hatte die militärische Ohnmacht Chinas offenbart, so daß man es seitdem als den Kolos auf thönernen Füßen Asiens hielt im Gegensatz zu Rußland, das früher als der Kolos auf thönernen Füßen Europas galt. Die Erkenntniß der Schwäche Chinas hat schon damals die weltpolitischen Pläne der europäischen Großmächte gezeitigt. Die Pläne derselben offenbarten sich, als Rußland, Frankreich und Deutschland in trauter Eintracht in Asien intervenirten, um Japan um die Früchte seines Sieges über China zu pressen, indem es auf die Besitzergreifung der ihm im Friedensvertrag von China zugestandenen Halbinsel Liaotung mit Einschluß Niutschwang verzichtet mußte. Und warum? Weil der Uebergang dieses Gebietes an Japan Rußlands Ausdehnung in Asien schranken gesetzt und ihm den Zugang zum Golf von Tschili abgeschnitten hätte. Hätte man aber Japan seine Erfolge belassen, so wäre ein bedeutender Einfluß desselben in China gesichert gewesen und Japan würde es vermocht haben, China auf die Bahn der Reformen zu drängen und vorwärts zu treiben. Allerdings hätte man damit Japan eine starke Position verschafft, die es zur Hebung seines Handels, der Geltendmachung seiner Interessen ausgenutzt haben würde; aber schon der enorme Umfang der ihm erwachsenen Aufgabe, die Unmöglichkeit, Chinas Handelsbedürfnissen zu genügen, sein politischer Gegensatz zu Rußland hätten es zur Anlehnung an Deutschland und England treiben müssen. . . . So haben die Westmächte die heutigen blutigen Kämpfe in Ostasien größtentheils selbst verschuldet. Alles heutige Geschwätz über die Kulturmission der Mächte in China stößt die Thatsache nicht um, daß sie die Gelegenheiten, die sich boten, China auf den Weg politischer Reformen zu treiben, aus den eigennützigsten Gründen ungenutzt gelassen haben. Statt dessen griffen sie zur Annektionspolitik, zur „Politik der gepanzerten Faust“, die nothwendig den vorhandenen Fremdenhaß noch mehr schüren mußte. Und was diese Politik nicht leistete, das besorgten die provokatorischen Uebergriffe und der Verleumdungen der Missionäre. Wer Wind sät, erntet Sturm.*)

Die „uneigennütigen Freunde“ Chinas offenbarten bald, nachdem sie Japan verdrängt hatten, ihre wahren Absichten. Rußland und Frankreich forderten ihren Lohn und Deutschland benutzte die Ermordung einiger deutscher Missionäre, um ebenfalls mit großen Ansprüchen an China heranzutreten. Es begann die Politik der gepanzerten Faust, die Gewaltpolitik gegenüber China, die in der Besetzung Kiautschou ihren äußeren Ausdruck fand. Rußland, Frankreich und England besetzten oder „pachteten“, wie die neue schöne Form der Eroberungspolitik heißt, andere Theile des riesigen Reiches, das man nun ebenso behandelte, wie in früherer Zeit die Türkei oder Polen; selbst die großwahnsinnigen „Staatsmänner“ des verlotterten Italiens forderten ihren Theil, fanden aber doch Widerstand an China, das sie einfach zurückwies.

Deutschland wollte seinen „Platz an der Sonne“, hieß es bei der Eroberung Kiautschou und zwar im Interesse von Handel und Industrie. War dazu Eroberungspolitik nöthig? Soweit China bereits vor 1895 bezw. vor 1897, d. h. vor der Eroberung Kiautschou dem Welthandel erschlossen und zugänglich war, hatte daran auch Deutschland seinen Antheil und damit auch seinen Platz an der Sonne. Der deutsche Handelsverkehr mit China betrug nämlich:

Deutschlands Einfuhr von China Deutschlands Ausfuhr nach China
in Millionen Mark

1892	12,5	30,0
1893	16,0	38,8
1894	27,1	28,2
1895	27,0	35,4
1896	41,8	45,8
1897	57,5	32,8

Darnach war der Handelsverkehr Deutschlands mit China in bester Entwicklung begriffen, als 1897 mit der gewohnten Schneidigkeit die gepanzerte Faust breinfuhr und denselben gewaltsam störte. In den Jahren 1892, 1893 und 1894 bestand bekanntlich überall die wirtschaftliche Krise, auf deren Wälten ohne Zweifel auch die Schwankungen der deutschen Ausfuhr nach China zurückzuführen waren. Im Jahre 1895 erfuhr unser Export eine Steigerung um 7 Mill. auf 35 Millionen Mark, im nächsten Jahre sogar um 10 Millionen auf 45 Millionen und war so das Geschäft in der besten Entwicklung begriffen, als die deutsche Eroberungspolitik begann und sofort unsere Ausfuhr um 13 Mill. verminderte.

Dagegen erfuhr Deutschlands Einfuhr aus China ununterbrochene Steigerung, von 12 Mill. in 1892 auf 41 Mill. in 1896 und sie stieg im Eroberungsjahre gar um 16 auf 57 Millionen. Was Deutschland aus China einführt, sind in der Hauptsache Naturprodukte und Rohstoffe, wie Thee, Häute, Galläpfel zc., ferner Edelmetalle, speziell Gold zc. Deutschlands Ausfuhrartikel nach China sind natürlich Industrieerzeugnisse, so 1898 für 1,400,000 M Gewehre für Kriegszwecke, für 3,500,000 M Nähmaschinen und Nähmaschinenadeln, Schiffe (für 14 Mill. Mark), andere Erzeugnisse der Eisen- und Maschinenindustrie, der Textilindustrie zc. Die Eisenbahnbauten in Kiautschou haben der Eisen- und Maschinenindustrie erhebliche Aufträge an Eisenbahnschienen, Schwellen, Halbzug, Lokomotiven zc. eingebracht, worin nun langwierige Störungen eingetreten sein werden.

Der deutsche Handel, der, um in China Eingang zu finden, gar nicht der gepanzerten Faust bedurfte, hatte daselbst schon vor der Besitzergreifung resp. „Pachtung“ Kiautschou, seinen Platz an der Sonne gefunden. Vor dem Beginn der Eroberungspolitik und vor dem „glorreichen“ Einzug in Kiautschou, der der größte Fehler war, den je eine Macht in China beging und der den Fremdenhaß der Chinesen zur Stechhöhe brachte, die im Boxeraufstand der letzten Wochen — die buchstäbliche, physische Antwort auf die gepanzerte Faust — ihre Explosion fand; vor dem Fehler des offiziellen Deutschland gab es in China (ohne Kiautschou) bereits 105 deutsche Handelshäuser, wovon allein 48 in Shanghai und zwar solche von erheblicher Bedeutung. Ihre Betriebskapitalien mit den Krediten wurden auf rund 100 Millionen Mark geschätzt. An Schifffahrtsgesellschaften, Dock-, Versicherungsgesellschaften zc. ist deutsches Kapital in Hongkong mit 50, in Shanghai mit 75 Millionen beteiligt. Das deutsche Eisenbahnsyndikat in Shanghai beabsichtigte im Eisenbahnbau 54 Millionen anzulegen, das Shangtung-Bergbau-Syndikat wollte den Abbau der Kohlenbergwerke mit 12 Millionen Mark betreiben; das Kapital der deutsch-asiatischen Bank in Shanghai beträgt 10 Millionen u. s. w.

Der gesammte auswärtige Handel Chinas betrug 1898 in Ein- und Ausfuhr 369 Millionen Taels (1 Tael = 3 M.); die Einfuhr 210, die Ausfuhr 159 Millionen Taels, erstere etwas mehr, letztere etwas weniger als 1897. Dieser Handelsverkehr eines Volkes von 350 Millionen Einwohnern ist bedeutungslos, wenn man dagegen hält, daß die Einfuhr der kleinen Schweiz mit 8 Millionen Einwohnern mit 1100 Mill.

*) Die wirtschaftliche Entwicklung Chinas von Feinr. Courtois in Nr. 44 der „Neuen Zeit“, Seite 530.

Frauen beinahe allein so viel beträgt, wie Einfuhr und Ausfuhr Chinas zusammen.

Aber man kann die Chinesen so wenig mit der gepanzerten Faust zu anspruchsvollen und kaufkräftigen Abnehmern deutscher Waaren machen, als man durch die 17-jährige Infamie des Sozialistengesetzes die deutschen Arbeiter zu Chinesen machen konnte.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1899.

III.

Wie das Verhältnis dieser Ausgaben zueinander in den einzelnen Jahren sich gestaltete, zeigt die folgende Tabelle.

Table with 10 columns: Year, Total, Contributions, Expenses, etc. for various categories of workers' organizations from 1891 to 1899.

Jedenfalls zeigt die Tabelle deutlich, daß die Gewerkschaften als humanitäre Einrichtungen ersten Ranges gelten können und keinesfalls nur Streikvereine sind.

Nach der Einnahme pro Kopf der Mitglieder stehen die mit einander vergleichbaren Organisationen in der nachstehend aufgeführten Reihenfolge: Buchdrucker 59,98 M., Gutmacher 32,74, Bildhauer 25,17, Zigarrensortierer 22,74, Gastwirtsgehilfen 19,03, Handschuhmacher 18,99, Steinarbeiter 18,69, Kupferschmiede 17,97, Former 17,77, Porzellanarbeiter 17,77, Lithographen und Steindrucker 17,45, Glaser 17,39, Handlungsgehilfen 16,39, Brauer 15,87, Zimmerer 15,75, Graveure 15,20, Buchbinder 15,13, Maurer 14,24, Maler 13,41, Töpfer 13,14, Lederarbeiter 12,90, Bäcker 12,64, Seeleute 12,01, Steinseher 11,21, Tabakarbeiter 10,94, Glasarbeiter 10,57, Metallarbeiter 10,55, Bergolber 10,89, Holzarbeiter 10,28, Schmiede 10,26, Formstecher 10,25, Müller 10, Lagerhalter 9,82, Konditoren 9,22, Böttcher 8,89, Handelsgehilfen 8,83, Sattler 8,36, Schneider 8,31, Schiffszimmerer 7,95, Textilarbeiter 7,86, Fabrikarbeiter 7,55, Schuhmacher 7,43, Gemeindebediensteter 7,38, Hakenarbeiter 7,28, Werftarbeiter 7,20, Bureauangestellte 6,86, Stukkateure 6,18, Buchdrucker-Druckarbeiter 5,56, Tapezierer 5,28, Barbier 2,17 M.

Ein Wochenbeitrag von 15 J., der als ein minimaler für eine Gewerkschaft gelten sollte, ergibt aber eine Jahreseinnahme von 7,80 M. pro Mitglied.

Den Organisationen, welche den als minimalsten Einnahmesatz bezeichnenden Beitrag von 7,80 M. pro Jahr und Kopf der Mitglieder nicht erreichen, ist dringend eine Erhöhung der Beiträge zu empfehlen.

Die Beitragshöhe in den Gewerkschaften.

Die Beiträge, welche die Gewerkschaften von ihren Mitgliedern erheben, sind je nach den Aufgaben, welche die einzelne Gewerkschaft sich auf dem Gebiete des Unterstützungswesens stellt, äußerst verschieden.

Die Beiträge, welche die Gewerkschaften von ihren Mitgliedern erheben, sind je nach den Aufgaben, welche die einzelne Gewerkschaft sich auf dem Gebiete des Unterstützungswesens stellt, äußerst verschieden.

Ich weiß wirklich nicht, ob eine Unterscheidung der Verkehrsmittel in aktive und passive in den Kreisen der Fachleute gang und gäbe ist; sollte sie es nicht sein, so bilde ich mir auf meine Originalentdeckung nicht einmal soviel ein, um ein Patent darauf zu nehmen, sondern nur bemerken, daß ich unter den ersten alle Arten von Fahrzeugen, unter den letzten die Fahrwege verstanden wissen möchte.

Bergarbeitern. Von 1891-1899 wurden die Beiträge in fast allen Gewerkschaften erhöht, in einzelnen haben sie sich verdoppelt. Die gleiche Beitragshöhe von 1891 weisen im Jahre 1899 nur die Gummiarbeiter (30-45 J.), die Tabakarbeiter (10-20 J.) und die Textilarbeiter (10 J.) auf.

Table showing contribution rates (Zahl, in Proz.) for different years (1891-1899) categorized by contribution level (under 15 Pf., under 20 Pf.).

Es ergibt sich hieraus die erfreuliche Tatsache, daß im Jahre 1899 nur noch 11 Prozent der Gewerkschaften einen Beitrag von unter 15 J. und nur 27 Prozent einen Beitrag von unter 20 J. pro Woche hatten, während 1891 der Prozentsatz sich auf 39 resp. 80 stellte.

Die Befürchtungen, welche die Gegner von Beitragserhöhungen ausgesprochen haben, sind durch die Thatsachen widerlegt. Daß die Beitragserhöhung einen Verlust der Mitglieder bringen würde, ist von den Fremden hoher Beiträge stets energisch bestritten worden.

Brückenbau tritt das so recht deutlich hervor. Auch unsere Vorfahren haben darin Beachtliches geleistet; aber wie weit blieben ihre Werke hinter denen von heute zurück: man schaue sich einmal alte berühmte Brücken an, wie die Donaubrücke zwischen Regensburg und Stadtamhof, die Reponulbrücke über die Moldau in Prag, die Dresdener Augustusbrücke über die Elbe und ähnliche Werke: in kleinen, ängstlich aneinandergedrängten Bogen, die auf mächtigen, das Flußbett fast versperrenden Pfeilern ruhen, ziehen sie sich über die Gewässer.

Metall und Maschinen

auf der

Pariser Weltausstellung.

III.

Wenn man eine so große und originelle Ausstellung wie die Pariser besucht, und noch dazu mit den gar nicht leicht zu nehmenden Pflichten der Berichterstatter, dann darf man sich zwölf Mal einen gehörigen und systematischen Schlachtplan entwerfen, um sicher zu sein, daß man ihn dreizehn Mal nicht einhält.

Name der Organisation	1895		1899		Zunahme gegenüber 1895	
	Wochen-Beitrag	Mitgl.-Zahl	Wochen-Beitrag	Mitgl.-Zahl	absolut	in Proz.
Bäder	15	1250	18	3596	2346	187,68
Bauarbeiter	10	1750	15	11149	9399	537,08
Bergarbeiter	7	8000	9	83000	25000	312,50
Böttcher	9	4000	14	4920	920	23,00
Brauer	18	6018	25	8681	2663	44,25
Buchbinder	25	3871	35	7631	3760	97,13
Bureau-Angestellte	11	169	14	344	175	103,57
Dachdecker	15	1582	20	2469	887	56,07
Fabrikarbeiter	10	6737	15	22592	15855	235,33
Gärtner	15	300	20	300	—	—
Glaser	15	1250	20	2300	1050	84,00
Hafenarbeiter	9	2100	14	8587	6487	308,90
Polzarbeiter	15	23992	20	62570	32578	108,62
Konditoren	15	390	30	661	331	100,30
Kupfer- und Zinnarbeiten	25-30	2978	35	3314	336	11,28
Lederarbeiter	20	3144	25	5869	2225	70,77
Lithographen und Steindrucker	20	4024	40	4621	597	14,83
Maler	15	6958	15 u. 25	9540	2582	37,11
Maurer	15 u. 20	14680	20-35	74535	59674	401,57
Metallarbeiter	20	33297	30	85013	51716	155,31
Müller	14	1279	20	1304	25	1,95
Porzellanarbeiter	20-35	7044	25-40	8660	1616	22,94
Sattler	15	1658	20	2833	1175	70,87
Schiffszimmerer	10	1042	15	1588	546	52,40
Schmiede	15	1350	25	3350	2000	148,14
Schneider	15	800	20	12173	4173	52,16
Schuhmacher	15	9056	20	16922	7866	86,86
Steinsetzer	15	2514	20	3337	823	32,73
Stukkateure	15	475	20	2750	2275	478,95
Zimmerer	10-30	9281	15-35	23719	14438	155,56

Damit dürfte wohl erwiesen sein, daß die Beitragshöhe nicht entscheidend bei der Heranziehung von Mitgliedern für die Gewerkschaften ist, sondern daß ausschlaggebend nicht nur hierfür, sondern auch für das Festhalten der Mitglieder an der Organisation, die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaft ist. Auch der Umstand, daß die Textilarbeiter über einen Verlust an Mitgliedern im Jahre 1900, seit Erhöhung der Beiträge, klagen, dürfte an den erwiesenen Thatsachen nichts ändern. Man wird vielmehr anzunehmen haben, daß dieser Verlust an Mitgliedern auf die Stockung, die in der Textilindustrie in erschreckendem Maße in den letzten Monaten sich zeigt, zurückzuführen ist. Alle Erfahrungen sprechen dafür, daß die Erhöhung der Beiträge in einer Gewerkschaft höchsten Falles einen vorübergehenden Verlust von Mitgliedern herbeiführt, der aber bald durch ein erneutes Zustromen zur Organisation ausgeglichen wird.

Die Streiks in Deutschland im Jahre 1899.

I.

Seit dem Jahre 1891 wird seitens der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Statistik über die Streiks und Aussperrungen, welche in Deutschland vorkommen, geführt. Das Material für diese Statistik wird durch Umfrage bei den Vorständen der gewerkschaftlichen Zentralverbände beschafft. Da in einer ganzen Anzahl Organisationen Aufzeichnungen über die Einzelheiten der Streiks nicht gemacht wurden, so war die Statistik in den ersten Jahren der

überwindliche Schwierigkeiten, für jedes brauchbare Trägersystem mit Hilfe von „Einfußlinien“ die ungünstigste Lastverteilung und damit die denkbar größten Beanspruchungen des untersuchten Konstruktionsteils innerhalb der praktisch erforderlichen Grenzen rechnerisch genau festzustellen. . . . es läßt sich das Spiel der Kräfte von ihren Angriffspunkten bis zu ihrem Verlauf im Baugrunde stets verfolgen.“ Daß man bei uns aber nicht nur Brücken zu berechnen, sondern auch zu bauen versteht, wissen unsere Leser ganz genau; wir haben in Deutschland jetzt aus den letzten fünfzig Jahren ungefähr zwei Duzend eiserne Brücken — die steinernen interessieren uns hier nicht — von mehr als hundert Meter Spannweite; gleich die erste, die 1850—57 erbaute Parallelträgerbrücke mit Gitterwerk über die Weichsel bei Dirschau maß 121 Meter, und die neuesten, die von Kieppel konstruierte Eisenbahnbrücke bei Müngsten und die von Krohn entworfene Straßenbrücke über den Rhein bei Düsseldorf messen nicht weniger als 170 bzw. 181 Meter. Ein großer Theil dieser Bauwerke ist in Paris theils in Zeichnungen, theils in Modellen (so z. B. die Müngstener Brücke in 1/60 der natürlichen Größe, ein auffeherregendes Modell) ausgestellt.

Die Alexanderbrücke zu Paris, von der wir oben bei diesen Betrachtungen ausgingen, kann sich an Kühnheit und Größe mit den größten deutschen Brücken nicht messen; aber sie verdient aus einem anderen Grunde eine nähere Betrachtung: bei ihr sind nämlich zum ersten Male die praktischen Zwecke bewußt den ornamentalen Absichten untergeordnet worden, man wollte nicht bloß ein Verkehrsmittel schaffen, sondern in erster Linie ein Prachtbauwerk. Freilich wurde dem guten Geschmack dabei schon gleich von vornherein

Aufnahme nicht ganz vollständig. In den letzten Jahren haben die Gewerkschaftsvorstände aber sämtlich alle für die Statistik bemerkenswerthen Einzelheiten über die Streiks verzeichnet, so daß die Statistik alle Streiks, welche vorgekommen sind, mit Ausnahme derjenigen, an welchen organisierte Arbeiter nicht theilhaft waren, enthält. Seit dem 1. Januar 1900 ist eine weitere Verbesserung der Aufnahme der Statistik insofern erfolgt, als diese in allen zentralisirten Gewerkschaften nach einem einheitlichen Schema fortlaufend geführt wird.

Bis zum Jahre 1899 bot die Statistik der General-Kommission das einzige zuverlässige Material über die Streiks. Seit dem 1. Januar 1899 wird aber auch eine amtliche Statistik seitens der Reichsverwaltung aufgenommen. Bei dieser amtlichen Aufnahme scheint zwar der ganzen Anlage nach die kriminalrechtliche Seite der Statistik vor die volkswirtschaftliche gestellt zu werden, doch bietet sie, oder sollte wenigstens bieten, ein vollständigeres Bild als die Gewerkschaftsstatistik. Eine Jahreszusammenstellung der amtlichen Statistik ist noch nicht erfolgt, doch ist vierteljährlich ein Auszug aus den Ergebnissen der Aufnahme veröffentlicht worden. Voraussichtlich wird die Jahreszusammenstellung nicht eine einfache Summierung der vierteljährlich veröffentlichten Ziffern sein, sondern es dürften noch wesentliche Berichtigungen besonders bezüglich der in der amtlichen Statistik unvermeidlichen Doppelzählungen erfolgen. Die Reichsstatistik zählt nämlich die Streiks nach Verwaltungsbezirken, so daß ein Streik, der sich über zwei bis drei Bezirke erstreckt (z. B. Berlin und Vororte) zwei bis drei Mal gezählt ist. Bei gleicher Theilnehmerzahl ist also die amtliche Zahl der Streiks größer, was allerdings dadurch ausgeglichen wird, daß auch die Gewerkschaftsstatistik doppelte Streikziffern bei Theilnahme mehrerer Organisationen (besonders im Baugewerbe) nicht ausschließt. Dem gegenüber zählt die Reichsstatistik einen Streik, der Betriebe verschiedener Branchen und Industriegruppen betrifft, als ebenso viele Einzelstreiks. Wenn z. B. ein Tischlerstreik die Möbel-, Bau-, Mobell-, Parket-, Apparaten- und sonstige Branchen umfaßt, so wird für jede Branche ein selbstständiger Streik gezählt, während die Gewerkschaftsstatistik, sofern alle diese Berufe derselben Organisation angehören, diesen Streik als einheitlichen auffaßt. Ob in der Jahreszusammenstellung der amtlichen Statistik sich diese Fehler vollständig werden beseitigen lassen, ist fraglich. Für einen vorläufigen Vergleich mit den Ergebnissen der Gewerkschaftsstatistik sind wir auf eine Summierung der vierteljährlichen Veröffentlichungen der Ergebnisse der amtlichen Aufnahme angewiesen.

Diese ergibt an Streiks und Aussperrungen 1333 mit 106,001 theilgenommenen Personen (darunter 41 Aussperrungen mit 6204 Theilgenommenen).

Die Gewerkschaftsstatistik weist für 1899 976 Streiks und Aussperrungen mit 100,779 theilgenommenen Personen (darunter 41 Aussperrungen mit 11,815 Theilgenommenen) aus.

In der Gewerkschaftsstatistik fehlen die Streiks der Bauarbeiter (Hilfsarbeiter) und der Tapezierer. Wenn in der amtlichen Statistik die Doppelzählungen, welche aus den angegebenen Gründen entstehen müssen,

ein großes Opfer zugemuthet, nämlich mit dem Namen. Die französischen Republikaner gewannen es über sich, das schöne Werk nach dem russischen Selbstherrlicher zu taufen. Namen sind Schall und Rauch, heißt es im Spruche. Aber es heißt auch nur so: dasselbe Gewissen, das die Umtaufung des Eiffelturmes forderte, hätte sollen die Franzosen vor der Geschmacklosigkeit bewahren, die schöne Brücke durch den häßlichen Namen zu verunzieren. Bei uns in Deutschland sind wir ja an derartige Geschichtchen leider schon gewöhnt und nehmen es kaktisch ad acta, wenn man z. B. den Nordostseekanal offiziell in einen Kaiser-Wilhelm-Kanal und die Wuppertalbrücke in eine Kaiser-Wilhelm-Brücke umstempelt, oder vielmehr umzustempeln versucht. Da sollte es denn doch ein schönes Vorrecht der Republikaner sein, derartige Manipulationen zu unterlassen — aber den Leuten ist nun einmal nicht zu helfen; da sie selbst augenblicklich sich ohne einen Fürsten behelfen müssen (es geht ja auch so!), so holen sie sich ausländische Potentaten zu Laufpatten!

Indeß haben sie sich sonst viele Mühe gegeben, die erste Geschmacklosigkeit wenigstens durch schöne Arbeit ein wenig zu verdecken und vergessen zu machen. Mächtige Pyllone erheben sich, mit allegorischen Figuren etwas pomphaft bekrönt, an den vier Ecken und schöne Stein- und Bronzebalustraden ziehen sich zu beiden Seiten hin; zahlreiche Kandelaber verbreiten Abends eine Fülle von elektrischem Licht über die Brücke und lassen ihre Formen schon von Weitem kräftig aus dem Dunkel hervortreten. Die hauptleitenden Ingenieure waren die Herren Mesal und Alb, die Eisenkonstruktionen, vor Allem die fünfzehn parallelen

ausgeschoben werden, so dürften die Ergebnisse der beiden Statistiken sich ziemlich nahe kommen. Ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaftsstatistik zuverlässiges Material bietet, wie auch dafür, daß nur wenige Streiks vorkommen, von welchen die Gewerkschaftsvorstände keine Kenntniz erhalten.

In der Gewerkschaftsstatistik ist stets eine Gruppierung der Streiks nach Angriff- und Abwehrstreiks erfolgt. Es ist dies ursprünglich in der Absicht geschehen, um den Nachweis zu führen, in wie zahlreichen Fällen die Unternehmer die Verantwortung dafür tragen, daß die Arbeiter zum Streik greifen müssen, einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorzubeugen und daß die Zahl dieser Streiks nicht geringer ist als die, bei welchen die Arbeiter zum Angriff übergehen. Aus dieser Gruppierung hat sich jedoch im Lauf der Jahre ein interessantes Material ergeben. Es geht aus diesem hervor, daß in der Periode ungünstiger wirtschaftlicher Konjunktur die Unternehmer sofort bestrebt sind, die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern, kurz, den eintretenden Ausfall am Profit durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auszugleichen, den Verlust auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen.

In der nachstehenden Tabelle, welche die Zahl, Dauer und Kosten der Streiks von 1890—1899 enthält, ist auch angegeben, wie viel Prozent der Streiks Angriff- respektive Abwehrstreiks waren.

Jahr	Anzahl der Streiks, in denen Streiks vorkamen	Anzahl der Streiks	Zahl der theilgenommenen Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesammt-Ausgabe	Von den Streiks waren in Prozenten:	
						Angriffstreiks	Abwehrstreiks
1890—91	27	226	38536	1348	2094922	65,0	35,0
1892	21	73	3022	507	84638	27,4	72,6
1893	26	116	9536	568	172001	32,0	68,0
1894	27	131	7328	879	354297	*29,0	*69,5
1895	29	204	14032	1030	424231	*49,0	*46,0
1896	40	483	128808	1923	3042950	68,7	31,3
1897	37	578	63119	1921	1257298	57,1	42,9
1898	44	985	60162	4348	1345302	46,7	53,3
1899	40	976	100779	3976	2627119	*55,5	*44,5
Summa:	—	3772	425142	17000	11402758	53,6	46,4

* In diesen Jahren ist nicht von allen Gewerkschaften eine genaue Bezeichnung der Streiks erfolgt. Das Prozentverhältnis ist nach der Gesamtzahl der Streiks berechnet.

In den ungünstigen Wirtschaftsjahren 1892—94 sind die meisten Streiks zur Abwehr geführt. Die Arbeiter sind genöthigt, ihre Position zu verteidigen. Mit vollem Rechte greifen sie daher beim Eintritt der wirtschaftlich günstigen Periode zur ArbeitsEinstellung, um das Verlorene wieder zu gewinnen oder sich einen Antheil an dem den Unternehmern zufließenden Mehrerwerb zu sichern. Angesichts dieser aus der Statistik sich ergebenden Thatsachen ist es übel angebracht, den Arbeitern den Vorwurf zu machen, daß sie während der günstigen Konjunktur streiken, anstatt den „Nationalwohlstand“ durch gesteigerte Thätigkeit zu vermehren. Die Arbeiter wissen aber, daß sie an dem sogenannten „Nationalvermögen“ keinen Antheil haben, und daß

Bogenrippen, sind in den Werken von Fives-Aille und Creuzot ausgeführt worden. Dabei wurde eine interessante Arbeitstheilung in der Weise innegehalten, daß das erste Werk den größten Theil der Konstruktionen lieferte, das zweite die schwierige und gefährliche Montage allein übernahm. Sieben Millionen Franken hat das Ganze gekostet, fast 1/2 sind für die Ausschmückung ausgegeben worden; daraus kann man schon sehen, welcher Werth ihr beigemessen wurde.

Nachdem so in Paris einmal das Problem des schönen Brückenbaues aufgeworfen und wohl auch, wie man sagen darf, gelöst worden ist, wird es an Nachahmungen nicht fehlen. Berlin hat ja nur freilich schon seine Kaiser-Wilhelm-Brücke, da ist also vorläufig nichts zu wollen; aber vielleicht baut man auch dort oder irgendwo anders eine Prachtbrücke und nennt sie dem Sultan Abdul-Hamid zu Ehren; an Platz fehlt es schließlich nicht und der Sinn für das Dekorative befindet sich bei uns in einer erstaunlichen Blüthe! Bis die Geschichte bei uns losgeht, haben wir gewiß gerade noch Zeit, einen Blick auf die anderen Verkehrsmittel, die ich die aktiven nannte, zu werfen, soweit die Ausstellung uns dazu Anregung bietet.

Dr. Albert Sabelum.

dessen Erhöhung nichts Anderes bedeutet, als Vermehrung des Reichthums der besitzenden Klasse. Sie sind deshalb der Meinung, daß für sie keine Ursache vorliegt, bei künftigen Löhnen weiter zu wegzugehen, während durch ihre Arbeit der Reichthum des besitzenden Theiles des Volkes vermehrt wird.

Von der Regel, daß in der günstigen Wirtschaftskonjunktur die Zahl der Angriffstreiks überwiegt, machte das Jahr 1898 eine Ausnahme. Während in den vorhergehenden Jahren günstiger Konjunktur und auch 1899 nur 81 bis 46 Prozent der Streiks Abwehrstreiks waren, weist das Jahr 1898 53 Prozent solcher Streiks auf. Es ist dies ein Ergebnis der Zuchtungsgeheimhaltung des Unternehmertums.

Für die Arbeiter ist der Ausgang, welchen die Streiks in den einzelnen Jahren genommen haben, überaus lehrreich. In der folgenden Tabelle sind die Resultate der Streiks in Prozenten angegeben.

Table with columns: Jahr, Resultat des Streiks in Prozenten (Angriffstreiks, Abwehrstreiks), and sub-columns for success/failure and number of strikes.

Es sind nicht in allen Jahren genaue Angaben gemacht. Das Prozentverhältnis bei den Resultaten der Streiks ist nach der Anzahl der Streiks berechnet, für welche Angaben gemacht sind.

Es ergibt sich daraus, daß auch während der günstigen Geschäftskonjunktur die Chancen bei den Abwehrstreiks für die Arbeiter nicht günstig stehen. Während in den letzten vier Jahren von den Angriffstreiks nur 13 bis 16 Prozent erfolglos endeten, sind von den Abwehrstreiks 29 bis 40 Prozent erfolglos gewesen.

Eine wichtige Aufgabe für die Gewerkschaften.

In der Leipziger Volkszeitung schreibt Richard Calmer: Eine Art der Arbeitslosigkeit beginnt für die deutsche Arbeiterbevölkerung. Seit 1895 war das Gepräge des Arbeitsmarktes für die Arbeiter günstig und erst in diesem Jahre hat der offene Rückschlag der Konjunktur auch auf den Arbeitsmarkt seine ersten Wirkungen geübt.

der Arbeitslosigkeit hat der Wirtschaftskörper Deutschlands derartige Veränderungen erfahren, daß man in der vorliegenden Frage keine Schlüsse aus der Vergangenheit mehr ziehen darf. Es sei nur auf ein ganz wesentliches Moment, nämlich die starke Ausdehnung der Kartelle hingewiesen.

Um diese Nothwendigkeit in Kürze zu beweisen, möchten wir die Arbeiter an die Erfahrungen von Anfang der neunziger Jahre erinnern, an die Nothstandsdebatten in den Gemeindefolktagen, in den Einzeltageungen und im Reichstage. Von den Vertretern der Arbeiter wurde die Arbeitslosigkeit in weitem Umfange behauptet, von den Gegnern wurde das Vorhandensein einer Arbeitslosigkeit in erheblicher Ausdehnung bestritten.

Bei dem Stande der gewerkschaftlichen Organisation war damals allerdings eine derartige Kontrolle noch ausgeschlossen. Heute ist sie leichter, namentlich nachdem viele Organisationen und darunter sehr große, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, zu diesem Zwecke also schon eine genaue Zählung der Arbeitslosenziffer für ihre Organisationskreise vornehmen müssen.

Wenn nur die Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung schon eingeführt haben, sich dieser Berichterstattung anschließen, so würde schon allein damit jede Arbeiter-Zeitung in der Lage sein, über die jeweilige Zahl der Arbeitslosen am Orte wertvolle ziffernmäßige Belege zu geben.

So lange wir noch keine amtlichen Annahmen über die Arbeitslosen haben, müssen die gewerkschaftlichen Organisationen, so weit sie es vermögen, die hier bestehende Lücke ausfüllen. Erhalten wir auch keine wissenschaftlich unanfechtbaren Resultate, so doch immerhin ein für den Augenblick und für praktische Zwecke nützlich Barometer, an dem wir den Stand der Arbeitslosigkeit ablesen können.

Was soll man diese Zählung für einen praktischen Werth haben? Die Vertreter der Arbeiter in den Gemeinden, in den Parlamenten werden dadurch in die Lage versetzt, bei ihren Anträgen zur Milderung und Eindämmung der Arbeitslosigkeit sich auf das Material stützen zu können, die Arbeiterorganisationen selbst werden bei ihren Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit gleichfalls einen festen Boden gewinnen, als dies bisher der Fall war.

diese auf der Gesamtarbeiterschaft so schwer lastende Erscheinung ganz anders als bisher auftreten. Nicht daß man die Arbeitslosigkeit bannen könnte, aber man kann sie einerseits in ihrer Ausdehnung übersehen, damit auch die Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit, ihren Verlauf, die Mittel zu ihrer Beseitigung besser erkennen, als in früheren Perioden einer wirtschaftlichen Krise.

Mittheilungen aus der Metall-Industrie.

Zur Lage der Aluminium-Fabrikation schreibt der Jahresbericht der Handelskammer für die Kreise Vörrach und Waldsüt: Nach dem Bericht der Aluminium-Fabrik (in Badisch-Rheinfelden) unseres Bezirks hat sich das Geschäft in diesem Metall im Jahre 1899 in erfreulicher Weise gehoben. In früheren Jahren war ein stetiger Rückgang der Preise zu beklagen.

Deutsche Zollplakette. Zur Charakterisierung der von der deutschen Zollbehörde gestifteten Praxis erzählt der Bericht des Vereins schweizerischer Maschinenindustrieller folgendes Stückchen. Eine schweizerische Firma brachte Motorstrickmaschinen bei der Zollabfertigungsstelle am Anhalter Bahnhof in Berlin zur Verzollung.

Der Geschäftsgang in der Metallwaarenindustrie, schreibt der Arbeitsmarkt, ist in den meisten Zweigen auffallend flau geworden. Bedingt ist dies in erster Linie durch die großen Preissteigerungen der Holz- und Gipsfabrikate, die zu den Preisen der fertigen Waaren in keinem Verhältnisse stehen.

Die Fabriken der Edelmetallindustrie vermögen kaum den Betrieb aufrecht zu erhalten. In Hanau, wo die Edelmetall verarbeitende Großindustrie heimisch ist, herrscht zur Zeit große Arbeitslosigkeit. Die Ermittlung der Hanauer Handelskammer über den Goldverbrauch der deutschen Industrie ergab, daß Gold nur noch im Werthe von etwa 45 Mill. Mark entsprechend einer Feingoldmenge von etwa 16000 Kg verarbeitet wird.

In der Fahrradbranche ist den vor einigen Jahren durch technische Fortschritte und die Vorliebe des Publikums für Radfahren hervorgerufenen vielen Erfindungen von Fahrradfabriken und -Handlungen schnell ein Rückschlag gefolgt. In Berlin ist nach dem Jahresbericht der Kaufmannschaft von den seit 4 Jahren mit großem Kapital gegründeten Fabriken schon ein Drittel in Konkurs gerathen, während einige andere Werke den in ihre bisherige Fabrikation neu eingeführten Artikel wegen Abfahrschwierigkeiten wieder fallen liegen und sich auf ihre bisherigen Erzeugnisse beschränken.

Arbeiterentlassungen in der Schlossfabrikation. Nach Meldungen rheinischer Blätter hat die Absatzrückung verschiedene Fabriken dieses Geschäftszweiges — darunter auch die Schlossfabrik A.-G. vorm. W. Schulte — zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Entlassung von Arbeitern veranlaßt. Die Geschäftsrückung in der Schlossindustrie hat ihre Ursache in dem Rückschlag in der Bauthätigkeit. Eine Wendung zum Besseren in der Schlossbranche dürfte daher in nächster Zeit nicht zu erwarten sein.

Zur Aussperrung in Hamburg.

In einer am 5. September abgehaltenen Werftarbeiter-
versammlung stand auf der Tagesordnung „Der augenblick-
liche Stand der Aussperrung.“ Die Situation wurde als
für die Arbeiter günstig geschildert, was daraus hervorgeht,
daß viele Arbeiter Briefe zugestellt erhielten, in welchen sie
von ihren früheren Meistern ersucht werden, die Arbeit aufzu-
nehmen. Es sei Pflicht aller Aussperrten, die Einigkeit
zu bewahren und alle Lockungen entschieden zurückzuweisen.
Der Zulauf von Arbeitswilligen sei bisher äußerst gering
gewesen. Trotz aller Anstrengung sei es der Firma Blohm
u. Voß erst gelungen, etwa 200 Arbeitswillige aufzutreiben,
die im Schiffbau noch nicht thätig gewesen wären. Mit
solchen Leuten könne der Betrieb nicht aufrecht erhalten
werden. Es ist ein Antrag eingelaufen, der die Arbeits-
einstellung aller noch auf den Werften beschäf-
tigten Arbeiter verlangt. Der Antrag wird von
mehreren Rednern unterstützt, von anderen bekämpft. Die
Befürworter desselben führen aus, daß eine genaue Kon-
trolle nur möglich sei, wenn dem Antrage stattgegeben werde;
nur dann werde es möglich sein, eine baldige Entscheidung
herbeizuführen. Junge wandte sich in eingehender Rede
gegen die Proklamation des Generalstreiks. Die bisherige
Taktik habe sich bewährt, es sei keine Ursache vorhanden,
von derselben abzugehen. Weßhalb sollte man die Kasse
unnützlich belasten? Bei-der von den Werftarbeitern beobachteten
Taktik könne man es noch lange aushalten. Wenn die
bürgerliche Presse berichtet, daß Arbeitskräfte herbeiströmen,
so sei hierauf kein Gewicht zu legen. Nach lebhafter Dis-
kussion wurde der Antrag auf allgemeine Arbeitseinstellung
gegen eine Stimme abgelehnt und folgende Resolution
einstimmig angenommen:

Die heute tagende Mitgliederversammlung der Sektion
der Werftarbeiter erklärt: Nachdem die Arbeitgeber den Ver-
mittlungsvorschlag des Vorsitzenden des hiesigen Gewerbe-
rats abgelehnt haben mit der Begründung, daß es nur
Sache der beteiligten Parteien sei, den Kampf zu führen
eventuell denselben zu beenden, beauftragt die Versammlung
die Ortsverwaltung, sich nochmals an den Verband der
Eisen-Industriellen zu wenden, um durch gemeinschaftliche
Verhandlung die Aussperrung beizulegen. Die Versamm-
lung ist der Ansicht, daß es im beiderseitigen Interesse liegt,
den Frieden auf einer Grundlage herbeizuführen, auf der
beide Teile zu ihrem Rechte kommen und keine Rede davon
sein kann, daß dieser oder jener Teil unterlegen oder be-
sezt sei. Des Weiteren beauftragt die Versammlung die
Ortsverwaltung, ein gleichlautendes Schreiben an jeden
Werksbesitzer resp. Leiter zu richten mit der Motivierung,
daß, sollten die einzelnen Arbeitgeber zu Verhandlungen
bereit sein, ihnen das Versprechen gegeben wird, daß auf
Wunsch mit Hinzuziehung einer Vertretung von den bei
ihnen beschäftigten gewesenen Arbeitern die Verhandlungen
stattfinden können.

Die Suchs nach Arbeitswilligen wird mit allem
Eifer betrieben, wie immer wird dabei seitens der Agenten
des Kapitals mit Versprechungen und Täuschungen operiert.
In Magdeburg stellten sich den Agenten auf den Her-
bergen ca. 150 Metallarbeiter zur Verfügung, um hinter die
Schliche derselben zu kommen. Durch böse Erfahrungen
gewarnt, operierten die Agenten nach einem bestimmten Plan.
Den Arbeitern wurde vorgelogen, in diesem oder jenem Ort
sehr Arbeit; sie müßten aber auf eigene Kosten dorthin
reisen, an Ort und Stelle würde ihnen Vorwärts gewährt
werden. Man will also die Notlage der jetzigen Arbeiter
melnden Leute in der Weise ausnutzen, indem man sie
ermuntert, nach den betreffenden Orten zu reisen, wo sie
dann anderen Agenten in die Finger fallen, die sich die
prekäre Lage der Arbeiter zu Nutzen machen und sie dann
nach Hamburg expedieren. Einem ich in den letzten Tagen
in Magdeburg aufhaltenden Hamburger Metallarbeiter wurde
gesagt, er solle sich nach Dortmund begeben, wo er auf der
Schiffbauanstalt „Union“ in Arbeit treten könne. Das
Gleiche wurde anderen Metallarbeitern gesagt, die aber nicht
auf den Reim gingen. Daß diese Vorsicht am Plage war,
geht daraus hervor, daß auf telegraphische Anfrage aus
Dortmund mitgeteilt wurde, daß auf der „Union“ Arbeits-
kräfte in Hülle und Fülle vorhanden seien.

In der letzten Zeit trafen im Hamburger Bureau der
Metallarbeiter aus viel und Bremerhaven Briefe ein von
angeworbenen gewesen, aber von den Sendboten der Aus-
gesperrten angehaltenen bzw. von hier zurückgeschickten Leuten,
die sich bedanken, daß von ihnen durch finanzielle Hilfe das
Schicksal abgewendet wurde, ihren Hamburger Kollegen in
den Klüden zu fallen. Die Arbeitswilligenjuche wird genau
mit denselben Mitteln betrieben, wie die anlässlich des
Hafenarbeiterausstandes.

Der Zuzug ist bisher nicht nennenswerth. Es gelingt
den auswärts thätigen Agenten wohl, hier und da Leute zu
bewegen, nach Hamburg zu gehen, mehr oder weniger werden
diese jedoch von den Aussperrten abgefangen und nach der
Heimath zurück befördert. Einige Metallarbeiter von Eng-
land sind eingetroffen, die keine Beschäftigung nahmen, son-
dern per Dampfer wieder nach England zurückzuführen. Vom
Schiffbau haben die meisten Arbeitswilligen keine blasse
Ahnung. Weßhalb müssen die Meister und Vorgesetzten ange-
strengt thätig sein und recht oft bedeutend über Feierabend
hinaus arbeiten.

Die „Soziale Praxis“ drückt die Nichtigstellung der
Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes (s. Nr. 35)
ab und sagt zum Schluß: „Wer in dieser Kraftprobe, dieser
Machfrage, zu der dieser Arbeitskampf geworden ist, die
Oberhand gewinnt, ist abzuwarten. Aber das kann man
jetzt schon sagen, daß die gewalttame Niederzwingung der
einen Partei nur zu einem faulen Frieden führen wird.
Nur durch Verhandlungen auf dem Boden der
Gleichberechtigung kann eine Vereinbarung erzielt werden,
die Erfolg und Dauer verspricht. Die Arbeiter haben sich
zu einer Einigung bereit erklärt, die Arbeitgeber
haben sie abgelehnt — an dieser Thatsache können alle
Beschönigungen und Anklagen nichts ändern.“

Das „Hamburger Echo“ weist den Scharfmachern eine
eklatante Gesetzesverletzung nach. Von der bürger-
lichen Presse Hamburgs wurde berichtet, daß auf der Werft

von Blohm u. Voß zur Einquartierung der „Arbeitswil-
ligen“ neben der bereits in Benutzung genommenen Kasse-
halle noch ein zweiter Raum zur Verfügung gestellt werden
mußte. Diese Praxis ist schon aus den Zeiten des Hafens-
arbeiterstreiks im Jahr 1896 her bekannt. Aber die Ein-
quartierung im Freihafengebiet ist ungesetzlich. Die Er-
haltung des Freihafengebietes und des nur in Hamburg
bestehenden Vorrechts, im Freihafengebiet fabrizieren zu dürfen,
beruht auf einem Vertrage, den Hamburg am 25. Mai 1881
mit dem Reiche abgeschlossen hat. In diesem Vertrage ist
festgesetzt, daß im Freihafengebiet am nördlichen Elbufer
das Wohnen von Menschen überhaupt untersagt ist und
in dem Freihafenterrain am südlichen Elbufer nur insoweit
gestattet ist, als es zu Betriebs- und Aufsichtszwecken dringend
erforderlich ist. Also es sollen dort höchstens Wächter,
Lagerhausverwalter, Zoll- und Hafen-Polizeibeamte wohnen.
Hamburg braucht für dieses Gebiet kein Zollversteuern zu be-
zahlen, weil, wie damals der Finanzminister Bitter erklärte,
das ganze bewohnte Hamburg dem Zollinland angeschlossen
wird. Dieser am 25. Mai 1881 von Hamburg mit dem
Reiche abgeschlossene Vertrag, auf welchem ein großer Theil
der bevorrechteten Stellung Hamburgs begründet ist, wird
frech verletzt durch die Einquartierung Arbeitswilliger im
Freihafengebiet, und die Unternehmerpresse theilt solche Ver-
tragsverletzung als einen alltäglichen Vorgang mit. Wenn
die Hamburgischen Behörden es nicht wägen, gegen die
Proben des Arbeitgeber-Verbandes vorzugehen, dann darf
man doch von dem Reichsbevollmächtigten für Zölle
und Steuern verlangen, daß er auf die Inne-
haltung des Vertrages dringt!

Zuzug von Maschinenbauern, Fesselschmieden,
Schlossern, Drehern, Schmieden, Rüstern usw., von
Schiffbauern, Schiffstischlern und Werftar-
beitern aller sonstigen Branchen ist von Hamburg
dringend fernzuhalten!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der vom Verband der Metallarbeiter Oester-
reichs überreichten Mitglieder bitten wir darauf zu achten,
daß in diesem Verband 3 Beitragsklassen existieren, von denen
nur die erste Klasse Arbeitslosenunterstützung erheben kann.
Beim Uebertritt kann daher nur dasjenige Mitglied zum
Bezuge von Ortsunterstützung berechtigt erklärt werden, das
ein Jahr lang den Beitrag für diese Klasse bezahlt hat. Die
Klassenzugehörigkeit eines Mitgliedes ist aus der auf der
Rückseite des Titelblattes befindlichen Bemerkung ersichtlich.
Ebenso kann auch nur Mitglieder der 1. Klasse ihre Zuge-
hörigkeit zu dieser auf die Karenzzeit für die Ortsunter-
stützung angerechnet werden.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß die noch
nicht bezugsberechtigten arbeitslosen Mitglieder, die für die
Zeit ihrer Arbeitslosigkeit Beitragsbefreiung beanspruchen,
sich ebenfalls bei Beginn ihrer Arbeitslosigkeit bei der Orts-
verwaltung bzw. dem Geschäftsführer zu melden haben.
Die Ortsverwaltung bzw. der Geschäftsführer hat über
diese Meldungen Listen zu führen und den Arbeitslosen aufzu-
geben, daß sie sich von Zeit zu Zeit während ihrer Arbeits-
losigkeit sowohl zur Kontrolle als auch zur eventuellen Nach-
weisung von Arbeitsgelegenheit melden. Die Tageszeit,
sowie die Häufigkeit dieser Kontrollmeldungen bestimmt die
Ortsverwaltung bzw. der Geschäftsführer. Die Listen über
diese Arbeitslosen sind mit der Quartalsabrechnung einzu-
senden, damit sie für statistische Zwecke verwendet werden
können.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 5 Abs. 7a
des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Braunschweig,
Sektion der Mechaniker:

der Mechaniker Karl Weigel, geb. zu Saalfeld a. S.
am 17. März 1872, B.-Nr. 281,474, wegen un-
kollegialen Verhaltens.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mannheim:

der Schlosser Friedrich Pünzel, geb. am 13. März
1874 zu Obergünger, B.-Nr. 88,191 wegen un-
kollegialen Verhaltens.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Staßfurt:

der Schlosser Wilhelm Schimpf, geb. am 30. Okt.
1876 zu Halle a. S., B.-Nr. 249,200 wegen Ver-
untreuung.

Wieder aufgenommen in den Verband werden darf
der in Nr. 34 d. B. vom Jahre 1897 in der Vorstandsbekannt-
machung als ausgeschlossen veröffentlichte Klempner
Max Stopp, geb. am 28. Juli 1876 zu Höttha.

Die nachstehend verzeichneten Mitglieder werden hier-
durch zur Rechtfertigung gegen die gegen sie erhobenen Ver-
schuldigungen mit dem Bemerken aufgefordert, daß ihr Aus-
schluß erfolgt, sofern ihrerseits auf eine dreimal an dieser
Stelle veröffentlichte Aufforderung eine Rechtfertigung nicht
erfolgt:

Dem Gärtler Julius Haug, geb. am 3. März 1877
zu Göttingen, B.-Nr. 326201 wird vorgeworfen, daß er als
Unterkassier mit 30 Quittungsmarken von Mainz abgereist
ist, ohne über die Marken Rechnung abzulegen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind
nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1,
zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken
wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Quittung

Über die vom 1. bis 31. August 1900 bei der
Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- Von: Altenburg 1400, Alt- und Neugersdorf 500,
Altwasser 52, Ufersleben 200, Aue 60, Baden-Baden
17,85, Barmen 800, Bernburg 200, Dieblich 25, Bochum
200, Brandenburg 800, Braunschweig: Schlosser 450,
Bremen 850, Bremerhafen 400, Breslau: Allgem. 1300,
Klempner 200, Bromberg 150, Cannstatt: Allgem. 800,
Former 600, Kesselschmiede 200, Chemnitz 1500, Cottbus
100, Grefeld 120, Grimmitzschau 200, Deltisch 20, Dessau
200, Döbeln 280, Dülken 75, Durlach 100, Düsseldorf:
Feilenhauer 0,80, Klempner 870, Eberswalde 195, Eisenach
200, Eisenberg 89,80, Elberfeld 697,80, Ettlingen 50,
Flensburg: Klempner 80, Forst 100, Frankenthal 400,
Frankfurt a. M. 580, Freiburg i. Schlef. 150, Gbrüg:
Allgem. 250, Gold- und Silberarbeiter 28,78, Gottha 115,
Hainholz 50, Halle a. S.: Allgem. 1200, Klempner 100,
Hannover: Allg. 400, Klempner 200, Harburg 470, Her-
bruck 42,10, Hörde 10, Kiel 400, Köln-Indenthal 84,
Linden 800, Lübeck 800, Lübz 40,50, Ludenwalde 100,
Ludwigshafen 300, Magdeburg 8000, Mannheim 1200,
Metzen 100, Merseburg 100, Mettmann 73,80, Mühl-
hausen i. Thüringen 64,56, München: Feilenhauer 270,80,
Mechaniker 200, Monteur 887,92, Schlosser 2000, Neu-
stadt a. b. Harz 82,28, Neustadt i. S. 180,60, Nieder-
sehlitz 510, Nienburg a. b. Saale 200, Nordenham 55,
Nowames-Neuendorf 100, Nürnberg: Feingoldschläger 400,
Flaschner 500, Schmiede 800, Osnabrück a. M. 300, Quedlin-
burg 100, Rathenow: Allgem. 460, Goldarbeiter 172,28,
Ratingen 50, Rosslau 90, Rostock 300, Roth am Sand
200, Saalfeld 800 Sangerhausen 180, Speier 75, Spreng-
lingen 100, Schnigling-Doos 100, Schönebeck a. Elbe 800,
Schramberg 126,18, Schwarzenberg 25, Schweidnitz 135,
Schweinfurt 60,10, Schwenningen 210, Steglitz 120, Stettin
500, Stuttgart 1700, Trossingen 150, Vegehof 100, Weibert
180, Weisenau 155,58, Weisenfels 185, Wilhelmshafen-
Bant 200, Witten a. Ruhr 46,50, Worms 62,72, Zwickau
188,12. Für: Reisepausenbücher 4,70, Protokolle der 4. ordent-
lichen Generalversammlung 22,80, Zurückbezogene Unter-
stützung nach § 20 10.

Quittung

Über die vom 1. bis 31. August 1900 bei der Haupt-
kasse eingegangenen Sammelgelder.

- Von: Aachen 24,10, Altenburg 100, Cannstatt 34,10,
Grimmitzschau 31, Dortmund 50, Duisburg 12,75, Dülken
13,30, Frankenthal 116,40, Frankfurt a. 28,85, Gelsen-
kirchen-Schalke 10, Gbrüg: Goldarbeiter 5,50, Grünberg 5,
Hadersleben 5, Hainholz 11,10, Halle a. S. 28,10, Heidel-
berg 24, Heilbronn 15, Herzbrunn 6,30, Hocht a. M. 10,
Hörde 7,05, Karlsruhe: Allg. 22, Schmiede 9,40, Karlsruhe-
Mühlburg 84,70, Köln-Indenthal 16, Löbau 6, Lübeck
31,75, Mannheim 60, Mittweida 12,10, Neugersdorf 66,25,
Niedersehlitz 24,70, Oberroden 6,20, Oldesloe 5,50, Osnab-
rück 1,70, Plauen 10, Regensburg 7, Rheidt 8, Speier
4,80, Schweidnitz 21,55, Schweinfurt 20, Staßfurt 19,
Willingen 3,20, Weisenfels 15, Wilhelmshafen-Bant 83,40,
Zwickau 22,50. Im Monat Juli zu quittieren vergessen:
Oberschlema 20,15, Soest 7,10.

Quittung

Über die vom 1. bis 31. August 1900 bei der Haupt-
kasse eingegangenen freiwilligen Beiträge für die
ausgesperrten Werftarbeiter in Hamburg.

- Von: Bergeborf 85,70, Berlin 4470 (darunter sind
Ueberträge von der Krangspende, abgegeben durch: Knopf
125,15, König 13,25, Liebknecht 8,15, Mielke 2, Münzner
22,15, Weinberg 14, Wienthal 9,70, Zalciste 200, Zeller-
sammlung von einer Betriebsversammlung von S. und H.
68,40, aus der Werkstatt von Goetz u. Co. 10,20), Genf,
Deutscher Verein 5, Leipzig 1000, Nürnberg, Gewerkschafts-
kartell 150, Tegel, Lotteriekass. „Zimmerrüst“ 20, Tegel,
Uebertrag von der Krangspende durch J. M. 55, Weisen-
fels 22.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen
Einseher von Geldern werden dringend gebeten, die vor-
stehenden Quittungen genau durchzusehen und etwaige Anstände
sofort nach hier mitzutheilen.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Former.

Herrn Frings. In unserer letzten Mitgliederversammlung
stand als erster Punkt „Die Mißstände in der Eisengießerei
von Frings u. Schröder in Sundwig bei Delitzsch“ auf
der Tagesordnung. Diese Mißstände erst ein Vierteljahr
und ist vom ersten Tag an schon ein Laubenschlag geworden.
Ein Kollege, der dort beschäftigt war, brachte die Mißstände
in der Versammlung vor; er entrollte ein neues Bild über
die Firma Frings u. Schröder. Herr Frings kann sich nicht
mehr zurückziehen in die Zeit, wo er selbst Former war.
Frings, der in Eisen schon Meister war, wird den dortigen
Kollegen noch in Erinnerung sein. In der ersten Zeit, wo
die Gießerei gebaut wurde, prägte Herr Frings, daß er
jedem Former einen Tagelohn von 5 Mk geben werde. Sowie
wir wissen, gibt er einem tüchtigen Former nur 3,50—4 Mk.
Wenn Former oder Hilfsarbeiter aufhörten, die sich nicht
länger in seiner Strasanstalt aufhalten wollten, so stellt sie
als Murker hin, ja er droht sie mit Prügelein. Und wer
sich das gefallen läßt, bekommt sie auch. Ein alter Hilfs-
arbeiter erklärte eines Tages, er kann kein Eisen auf den

Ruppelosen tragen, da ihm unwohl sei. Da packte ihn Frings und prügelte den alten Mann. Nun ist Herr Frings gezwungen nach Essen zu fahren und sich dort Formner und Hilfsarbeiter zu holen. Wir warnen hiermit die Essener Formner und Hilfsarbeiter, sich nicht von diesem Herrn hierher locken zu lassen, denn wenn er sie hier hat, dann spricht er ein anderes Wort mit ihnen. Wenn die Arbeiter besser behandelt, dann braucht er nicht von Essen welche zu holen. Was die sanitären Einrichtungen betrifft, so lassen sie viel zu wünschen übrig. Die erste Zeit war sogar kein Abort vorhanden. Wir ersuchen die Arbeiter von Essen, diese Musteranstalt zu meiden und besonders den Zentralverein der Formner machen wir aufmerksam, denn die meisten Formner, die bis jetzt dort gearbeitet haben, waren im Zentralverein.

Metallarbeiter.

Delstern bei Hagen. Die sämtlichen Arbeiter der Firma Frig Milling, Schlosser, Dreher, Formner und Formnerhilfsarbeiter, haben die Arbeit gekündigt. Bei der Firma bestand seit längerer Zeit auf Vereinbarung mit den Arbeitern die 10stündige Arbeitszeit. Nun will die Firma die Arbeitszeit um eine Stunde verlängern. Auch will man den Formnern auf verschiedene Artikel Abzüge machen. Daß die Arbeiter unter den jetzigen Verhältnissen mit einer Arbeitsverlängerung nicht einverstanden sein können, dürfte dem Blödesten einleuchten, umso mehr als es bald wieder zum Winter geht, wo mehr Licht und Feuerung gebraucht wird. Die Firma dürfte leicht bei einer Berechnung herausfinden, daß sie sich bei der 10stündigen Arbeitszeit besser gestanden hat, als früher bei der 11stündigen, die man jetzt wieder einführen will. Die Arbeiter müssen ja nothgedrungen ein solches Unsinns als Ghilanicurung betrachten, weil heute doch jeder weiß, daß bei einer langen Arbeitszeit in den letzten Stunden nicht viel geleistet wird, und das sollten doch auch die Arbeitgeber wissen; bei einer kürzeren Arbeitszeit ersparen sie mehr Betriebskosten als bei einer längeren Arbeitszeit die Arbeit einbringt. Wer stört denn hier wieder das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber? Doch wahrlich nicht die Arbeiter; die sind vielmehr in anderer Hinsicht mit dem Chef der Firma zufrieden. Es müssen demnach Beamte der Fabrik bei dem Chef hegen und dann sind es diese, welche das gute Einvernehmen stören; solche Beamte glauben wohl, wenn der alte gute Stamm Arbeiter zum Teufel wäre, dann könnten sie mehr befehlshaberisch auftreten, das Geschäft dürfte dann aber den Schaden haben. Hoffentlich gibt es hier keine Streikbrecher und Arbeitswillige, die ihren Kollegen in den Rücken fallen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Freiburg i. Br. Sehr nette Zustände herrschen in der hiesigen Mechanik der Porzellanwerkfabrik von Müller u. Co., die einmal an das Tageslicht gebracht zu werden verdienen. Mancher nicht Eingeweihter muß ja sonst denken, dieser Fabrik müßten Leute vorstehen, die wahre Engel sind, da sie sich in der Öffentlichkeit als Wohltäterin ihrer Arbeiter ausweist. Aber gerade umgekehrt ist die Sache. Der Herr Werkführer, Namens Schmidt, ist ein sehr gebildeter Mann, der die ihm unterstellten Arbeiter mit „Haben“, „Kausbuben“, „Sie sind noch nicht trocken hinter den Ohren“, „Halten Sie's Maul“ und ähnlichen Ausdrücken zu titulieren beliebt. Auch eine Krute, wie sie in Kurland noch gebräuchlich ist, weiß er gut zu führen. Nur hat er jetzt keine Lehrbuben mehr; bei den Arbeitern hat er es noch nicht so weit gebracht, daß er sie mit einer Krute prügeln könnte. Kürzlich hat er einem Arbeiter die Arbeit, die zwar etwas fehlerhaft ausgefallen war, aber ohne sein Verschulden, auf die Wand geworfen, so daß ihm die Mühe vom Kopfe fiel und ihn einen Kausbuben geheißen. Dieser Arbeiter machte von seinem Recht, das Arbeitsverhältnis wegen grober Beleidigung sofort zu lösen, Gebrauch, wurde aber dafür mit 2 Mk Lohnabzug gestraft. Vor dem Gewerbegericht hat er jedoch sein Recht gefunden, trotzdem die Herren Alles wegzuleugnen suchten. Strafen werden häufig verhängt. Kommt ein Arbeiter nur eine halbe oder gar eine ganze Minute zu spät, so kostet's einfach 10 J, muß einer aber mal eine viertel Stunde länger fehlen, das wird nicht bezahlt, es heißt dann eben: Es werden nur ganze Stunden ausbezahlt. Für dieses Mal wollen wir es genug sein lassen. Hoffentlich unterläßt der Herr Werkführer einmal seine Schwarzwälder Ausdrücke und behandelt die Arbeiter so wie es sich gehört. Den Arbeitern der Fabrik aber rufen wir zu: Macht einmal auf aus Eurem Schlaf, tretet der Organisation bei.

Sera (Neuß). In der Maschinenfabrik von G. O. Liebster hier sind eine ganze Reihe Mißstände vorhanden, die offensichtlich zur Sprache zu bringen wir nicht unterlassen können. So ist die Arbeitszeit laut Fabrikordnung auf 10 1/2 Stunden festgesetzt, sie wird aber fortwährend überschritten, und ein Theil der Arbeiter arbeitet oft pro Tag noch 2 bis 3 Stunden länger. Die Ueberstundenarbeit ist hier geradezu ein gewöhnliches Uebel geworden, denn fast die permanente Sonntagarbeit würdig anschließt. Fast jeden Sonntag wird gearbeitet und nicht nur 1-2 Stunden, sondern oft den ganzen Sonntag muß der Arbeiter arbeiten. Da das die Folgebehörde erlaubt, wissen wir freilich nicht anzunehmen, ist aber kaum, daß die Behörde es erlaubt, daß fast jeden Sonntag mit bis 9stündiger Dauer Arbeiten verrichtet werden, die sehr wohl auch an Werktagen gemacht werden können. Es ist keine Seltenheit mehr, daß Arbeiter 79 Stunden pro Woche arbeiten müssen. Des Weiteren gibt die Behandlung zu vielen Klagen Anlaß. Die Arbeiter werden in einer Weise angetrieben, die der Passivität des Herrn Liebster alle Ehre macht. Kein Arbeiter darf von einer Arbeit aufhören und den Nebenarbeiter eines Blattes wärmen; er soll nur schreien, jähnen, jähnen. Gewisse Handlanger werden wie Hunde auf die Fährten gesetzt, die dabei angetrieben werden, mit ihrer Kollegen einmal ein Wort zu reden. Ganz besonders fällt sich ein Herr Roux aus Sera auf, der die Besuche des Herrn Liebster ausführt. Die Behandlung, welche dieser Herr seinen Untergebenen und besonders den Lehrlingen zu Theil werden läßt, ist fast einzig in ihrer Art. Ausdrücke wie „Du Lump“, „Kauter Spitzhahn“, „Hau Le Sau“ u. a. sind bei jungen Leuten gegenüber gang und gäbe, doch damit noch nicht genug; die Jungen werden bei dem geringsten Anlaß auch tätlich geschlagen. Und dabei werden gerade die Befehle im höchsten Grade ausgeübt, das Lernen

ist, man möchte sagen: Nebenfrage. Für 3 J pro Stunde müssen sie ganz gehörig schaffen und von diesen paar Pfennigen werden dann noch Abzüge gemacht für abgebrochene Bohrer und dergleichen. Es kommt vor, daß so einem Jungen, der 1,80 Mk verdient, 60 J und noch mehr abgezogen werden. Ein weiterer Mißstand ist der, daß für ca. 60 Arbeiter ein Abort vorhanden ist. Aber was kümmert das Herrn Liebster? Die Arbeiter mögen zusehen, wie sie vertommen; sie könnten solche Kleinigkeiten im Interesse des Profits auch ganz gut zu Hause abmachen. Oftmals warten 3-4 Mann aufeinander, die ihre Nothdurft gern verrichten möchten. Nebenbei gesagt ist dieser eine Abort in solchem Zustande, daß man bei Regenwetter in die unangenehme Lage kommt, recht hübsch abgepößt zu werden. Ferner wird das Trinkwasser in ein altes Faß filtrirt, welches nie gereinigt wird; das Wasser ist daher oft ganz matt und trübe wie Lehmflüßchen. Das Bierholen wird aber auf Grund eines Ukas mit sofortiger Entlassung bestraft. Ein weiterer Ukas, der während der Hundstage angeschlagen wurde, besagt: „Jedes unthätige Auftreten über diese Brücke, wodurch Geräusch entsteht, sowie das Vergießen von Wasser ist bei Strafe verboten.“ Es handelt sich hier um einen Uebergang von einer Werkstatt zur anderen. Wer denselben mit Holzpantoffeln passiert, verursacht ein solches Geräusch; es wäre deshalb empfehlenswerth, wenn Herr Liebster seine Arbeiter mit Filzhüben ausrüsten wollte, um sie geräuschlos herumjagen lassen zu können. — Wie in voriger Nummer gemeldet, wurden sämtliche Arbeiter oben genannter Firma am 1. September gemapregelt. Zugang nach Sera vorläufig fernzuhalten.

Sera (Neuß). Zur Maßregelung der Arbeiter der Firma Liebster können wir mittheilen, daß, nachdem am Montag, den 3. September die erste Verhandlung stattfand, Herr Liebster sich mit seinen Arbeitern einigte, indem er ihnen versprach, alle gerügten Mißstände und Unregelmäßigkeiten abzuschaffen und auch keine Maßregelung vornehmen zu wollen. Das Zustandekommen der schnellen Einigung ist nur dem festen Zusammenhalten der Arbeiter zu danken. Herr Liebster hatte seine Rechnung ohne den Wirth gemacht, 20 Arbeitern wurden sofort ihre Papiere ausgehändigt, während 10 dieselben nicht erhielten, weil Liebster annahm, daß diese die Arbeit fortsetzen würden. Das geschah aber nicht und in Folge dessen war Liebster zum Rückgeben gezwungen.

Sera (Neuß). Vor einigen Tagen wurden in der Neuß. Tribune die Mißstände der Weßelmann-Bohr-Komp. in Zwöcken einer scharfen und gerechten Kritik unterzogen. Diese Kritik hat wie eine Bombe bei gewissen Leuten eingeschlagen, und Raue, wenn auch unblutige, mußte genommen werden. So wurde denn ein Arbeiter unter dem Verdachte, den Artikel eingeleitet zu haben, plötzlich entlassen, obgleich der Mann an demselben völlig unschuldig ist. Die Entlassung geschah auf Veranlassung des Obermeisters Werl. Seitdem dieser Mann in der Fabrik angestellt ist, hat der Raue noch nicht aufgehört. Werl, von dem die Arbeiter der Meinung sind, daß es mit seinen technischen Kenntnissen nicht weit her ist, scheint sich am besten in der Rolle eines Sclavenvogtes zu gefallen, denn solche Manieren kommen darin zum Ausdruck, daß er vor Kurzem einen Lehrling, der nach einer schweren Verletzung in der Fabrik wieder zur Arbeit gekommen, mit Schlägen ins Gesicht und mit Fußtritten regaltete. Das muß die übrigen Arbeiter natürlich empören, umso mehr, als sich auch andere Meister solche Manieren angewöhnt haben. Der Direktor des Werkes, vor dem die Arbeiter alle Achtung haben, scheint gegen diesen Unfug ohnmächtig zu sein. Eine Anzahl der besten Arbeiter haben ihre Stellung bereits verlassen, seitdem der Obermeister Werl da ist und jählich wird es über kurz oder lang zu einem allgemeinen Raue kommen, wenn dieser Herr seine Herrschaft weiter ausübt. Die Verwaltung dürfte daher nur in ihrem eignen Interesse handeln, wenn sie diesem Obermeister so schnell als möglich den Saufpass gibt. Auch die Geduld der Arbeiter hat schließlich ein Ende und wenn die Firma sich wegen eines solchen Obermeisters schweren geistlichen Salamitäten aussetzen will, dann hat sie sich die Folgen selber zuzuschreiben. Wie wir in Erfahrung gebracht, ist obengenannter Obermeister Werl früher in Andach i. B. als Meister thätig gewesen. Wir ersuchen daher die Andacher Kollegen, uns über die Bergangeneit dieses Herrn gest. etwas Näheres mittheilen zu wollen.

München. Zugang von Schlossern, Drehern, Schmiedern und Maschinenarbeitern ist von den Maschinenwerken München-Sendling, Fabrik für Holzbearbeitungsmaschinen streng fern zu halten. Die Fabrikleitung will die Arbeitszeit, die bisher 9 Stunden betrug, verlängern.

Münchenerifel. Ein jener Direktor. Wiederholt haben wir uns mit den Verhältnissen der hiesigen G. J. Kohlfischen Maschinenfabrik resp. mit dem früheren Schlossergehelfen und jetzigen Direktor Herrn Schmidt befaßt und zwar immer in einer für den Letzteren wenig schmeichelhaften Weise. Heute ist es nun ein Vorwissen, das auch auf den Bildungsgang dieses Herrn ein eigenenthümliches Licht wirft. Steht da ein ehemaliger Vorarbeiter der genannten Firma auf der Straße eines beschauerten Dorfes und unterhält sich mit der Frau eines Bekannten, als auch Herr Schmidt mit seiner Familie vom Spaziergange zurückkehrend an den Beiden vorbeikommt. Da Herr Schmidt nicht gut sieht, möchte er wohl seinen ehemaligen Untergebenen nicht gleich erkannt haben, denn er war schon ein Stück fort, als er wieder retour kam, über den Vorarbeiter herfiel und dabei Ausdrücke gebrauchte, die wir hier nicht wieder geben wollen, deren sich aber ein Handknecht geschämt haben würde. Erwähnt sei nur, daß der Direktor den Vorarbeiter vor die Brust rieß und ihn dabei ansprach: „Ich lasse Sie aushungern, Sie Lump.“ (Diese liebenswürdige Absicht hatte der Direktor ja auch bei dem vor ca. Jahresfrist entlassenen Bevollmächtigten der hiesigen Filiale des D. M. S. im Auge, von deren Unausführbarkeit Herr Schmidt sich inzwischen überzeugt haben dürfte.) Aber, so fügte der Direktor hinzu, in drei Monaten brauchen Sie (der Vorarbeiter) nicht mehr zu hungern, da habe ich Sie längst satt gemacht, ich treffe Sie ja mal unter vier Augen. Auch die Frau Direktorin betheiligte sich kräftig an der wüthen Schmiederei. Da der Vorarbeiter aber gerne noch länger als drei Monate leben möchte, so hat er die Angelegenheit dem Gerichte übergeben, und dürfte dieses Vorwissen für den noblen Herrn noch ein böses Räthsel haben. Zum Schluß raten wir Herrn

Schmidt, sich anstatt Schlingenlinien, lieber Knigge's „Umgang mit Menschen“ anzuschaffen. Reutlingen. In der letzten Zeit ist in die hiesige Verwaltungsstelle wieder neues Leben eingezogen; es haben sich in den letzten drei Wochen über 30 Kollegen aufnehmen lassen, so daß wir wieder auf die frühere Mitgliederzahl gekommen sind. Natürlich ist sie noch immer nicht auf der Höhe wie es von einer Stadt, in der über 2000 Metallarbeiter aller Branchen beschäftigt sind, verlangt werden könnte. — In der letzten Monatsversammlung hielt ein hiesiger Kollege einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. Ist dieses Thema auch ein altes, so bietet es immer wieder neue Gesichtspunkte, und wurde der Vortrag auch beifällig aufgenommen. Den Appell, den der Redner am Schluß seines Vortrages an die Mitglieder richtete, sollten besonders die hiesigen Schlosser, die auch nicht auf Rosen gebettet sind, und besonders diejenigen der größten hiesigen Maschinenfabrik, recht beherzigen.

Feilenhauer.

Brandenburg a. H. Was das Ehrenwort eines ehrbaren Innungsmeisters werth ist. Vor einiger Zeit wurde in der Feilenhauerei des Herrn Rabisch, um billige Arbeitskräfte zu erlangen, versucht, einen vom letzten hiesigen Köpferstreik her bekannten Arbeitswilligen, Namens Koch, als Maschinenhauer anzulernen. Da dieses jedoch von den dort beschäftigten Gehilfen ganz entschieden zurückgewiesen wurde, gab Herr Rabisch schließlich sein Ehrenwort, den Koch zu entlassen. Leider geschah es jedoch nicht, Koch wurde weiter beschäftigt. Jedenfalls glaubt dieser ehrenwerthe Herr, daß ein Ehrenwort nur gegeben wird, um es nicht zu halten. Als nach einiger Zeit der noch dort beschäftigte Gehilfe abermals bei Herrn Rabisch vorstellig wurde und sein Weiben von der Entlassung des genannten Arbeitswilligen abhängig machte, versprach Herr Rabisch nunmehr sein Wort einlösen zu wollen. Aber auch dieses Mal und auch ein drittes Mal blieb es beim Versprechen, ja man verheimlichte es sogar, daß der Arbeitswillige nach Feierabend bis 9 und 10 Uhr beschäftigt wurde. Als hierauf der Gehilfe die Arbeit niederlegte und Herrn Rabisch hierbei erklärte, daß er bei einem Mann, der sein Ehrenwort nicht halte, nicht länger arbeiten könnte, fühlte sich Herr Rabisch noch beleidigt und meinte, jedenfalls könnte er thun und lassen was er wollte. Augenblicklich beschäftigt Herr Rabisch keinen gelernten Arbeiter, sondern er zieht es vor, seine Arbeit von fünf Lehrlingen und zwei ungelerten Arbeitern herstellen zu lassen. Und so kann man sich wohl denken, welche Waare Herr Rabisch zu liefern im Stande ist. Zu bemerken ist noch, daß Herr Rabisch gar nicht zu wissen scheint, daß ein Gesetz besteht, das es unter Strafe stellt, Lehrlinge länger als 10 Stunden zu beschäftigen. Herr Rabisch findet es für gut, die Lehrlinge 12-13 und 14 Stunden in der Wude zu halten. Als vor einiger Zeit ein Eingekandt in hiesigen Arbeiterblatt die Mißstände in der Feilenhauerei des Herrn Rabisch klar legte, glaubte er, das Verlangen an einen Gehilfen stellen zu können, er solle diesen Artikel als nicht der Wahrheit entsprechend widerrufen, was selbstverständlich höflichst abgelehnt wurde. — Die hiesigen organisierten Feilenhauer werden dafür sorgen, daß Herr Rabisch vorläufig von Gehilfen nicht überlaufen wird. Auch hoffen wir, daß er mit der Zeit von selbst zu der Ansicht kommen wird, daß es ehren- und vortheilhafter ist, ein gegebenes Ehrenwort auch zu halten.

Jützen bei Hannover. Am 7. September sind sämtliche Hand- und Maschinenhauer der Steinfeld u. Blasberg'schen Fabrik in Bahrenwald-Hannover in den Streit getreten. Grund: Akkordabzug, was pro Mann täglich 80 J bis 1,20 Mk beträgt. Zugang fern halten.

Rundschau.

Internationale Streikstatistik. Eine bemerkbare Zunahme von Abwehrstreiks verräth den Umschlag der Konjunktur. Gegen den Juni ist die Zahl der Streiks in Deutschland, Frankreich und England nach der Zusammenstellung der Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ von 168 auf 175 gestiegen, die Zahl der Beteiligten dagegen ist, soweit ersichtlich, zurückgegangen. Ein ausgedehnter Streik hat in Holland Handel und Verkehr stark beeinträchtigt. Am 2. Juli legten etwa 4000 Hafenarbeiter und Schauerleute die Arbeit nieder. Der Ausstand wuchs bis auf etwa 11000 Beteiligte an. Er endete infolge ungenügender Organisation und Disziplin mit einer Niederlage der Arbeiter. In Charleroi und Umgegend streikten an 10000 Glasarbeiter, in Paris über 4000 Droschkentischer. In Südnorwegen traten infolge von Tarifstreitigkeiten 1000 Steinbrucharbeiter in Ausstand.

Der Ausdruck „Streikbrecher“ keine Beleidigung. Das Amtsgericht in Greiz hat die Beleidigungsklage eines „Arbeitswilligen“, der von einem organisierten Maurer „Streikbrecher“ titulirt worden war, unter folgender Begründung abgelehnt:

Unter „Streikbrecher“ versteht man denjenigen, welcher, nachdem er an einem von seinen Berufsgenossen zur Erlangung besserer Lohnbedingungen veranstalteten Streik theilgenommen hat, aus irgend welchen Gründen das Lager der Streikenden verläßt und die Arbeit wieder aufnimmt. Nun ist zwar nicht zu verkennen, daß die Arbeitsniederlegung ein erlaubtes Mittel ist, um eine Lohnherhöhung herbeizuführen oder sonstige standes- oder berufliche Interessen zu wahren, es liegt aber zu Tage, daß kein Arbeiter mehr zur Theilnahme an der Lohnbewegung von seinen Standesgenossen gezwungen werden kann, und folgerichtig, daß es sodann Ausständigen unbenommen sein muß, einer besseren Einsicht folgend, die Arbeit wieder für sich aufzunehmen. Diese Rückkehr ist als durchaus berechtigt anzuerkennen; daß aber der Streikbrecher durch seine Loslösung unter Umständen die Interessen seiner Standesgenossen gefährden, ihnen zuwiderhandeln kann, mag richtig sein, kann aber unter keinen Umständen dazu führen, daß er in den Augen vernünftiger Leute — und nur auf die Anschauung solcher kommt es an — verächtlich wird. Die Bezeichnung „Streikbrecher“ allein kann daher als eine Ehrenkränkung nicht ausgelegt werden, sonstige begleitende Nebenumstände, aus denen auf die Absicht der Kränkung geschlossen werden könnte, sind nicht behauptet worden. Es mußte daher

mangels Vorliegens einer Beleidigung die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, die Privatklage zurückgewiesen und der Privatkläger mit den bisher entstandenen Kosten belastet werden (§§ 429, 568, 2 St. P. O.).

Die Berliner Gewerkschaftskommission beriet am 31. August über mehrere vorgeschlagene Aenderungen des Regulatios. Von besonderem Interesse ist die Verschärfung des Streikreglements über die Unterstützung durch die Kommissionen folgenden Wortlaut: „Die Mittel zu einzelnen Werkstättenstreiks müssen von den Arbeitern des betreffenden Gewerbes selbst aufgebracht werden. Erst wenn der Ausstand allgemein wird, tritt die Unterstützung der Arbeitervereine ein, und dies auch erst dann, wenn die beteiligten Gewerbe aus eigener Kraft dazu nicht im Stande sind.“ Hierzu hat die Kommission folgenden Zusatz beantragt: „Jedoch muß jede Organisation in der Lage sein, den Kampf mindestens zwei Wochen aus eigenen Mitteln zu führen, ehe sie die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft beanspruchen kann.“ Dieser Antrag rief eine längere Debatte hervor. Gegen ihn sprachen verschiedene Vertreter kleinerer Gewerkschaften. Sie meinten, den kleinen Gewerkschaften werde das Streiken unmöglich gemacht, wenn man verlange, daß sie zwei Wochen lang die Unterstützung selbst aufbringen sollten. Andererseits wurde für den Antrag geltend gemacht, daß er eine durchaus notwendige Schutzwehr gegen planlose und unüberlegte Streiks bilde. Uebrigens würden durch Annahme des Antrages die großen Gewerkschaften schwerer betroffen als die kleinen. Von einer Denahtheiligung der Letzteren könne gar keine Rede sein. Das müsse aber unter allen Umständen erwartet werden, daß kein Angriffstreik — und nur für solche gilt ja die Bestimmung — ins Werk gesetzt werde, wenn die betreffende Organisation nicht in der Lage sei, die Unterstützung für die ersten vierzehn Tage selbst aufzubringen. Sollte der Antrag nicht angenommen werden, dann würden die Delegierten in Zukunft bei der Bewilligung von Streiks mit um so größerer Vorsicht zu Werke gehen. Der Antrag der Kommission wurde schließlich gegen vier Stimmen angenommen.

Gegen Max Hirsch, den Anwalt der deutschen Gewerkschaften, hat bekanntlich auch eine rheinische Verbandsvertreterversammlung seinen Austritt im Abgeordnetenhaus, betreffend den Streik der Straßenbahn-Angestellten, Stellung genommen. (S. Nr. 83.) Nach einem der „Bolscheevisten“ vorliegenden Bericht war der Verlauf folgender: „Ohne jede Anmeldung, aber nicht unerwartet, erschien in der Versammlung Herr Verbandskassierer Klein, der in zwei Reden Herrn Dr. Hirsch' Haltung zu rechtfertigen suchte und schließlich hat man möge gegen den „hochverdienten Arbeiterführer“ keine Resolution fassen. Allein es beschloßen die erschienenen vierundzwanzig Vereine und Verbände mit zweiundzwanzig gegen eine Stimme bei einer Stimmenthaltung eine Resolution, in welcher erklärt wird, daß die Versammlung die Haltung des Abgeordneten und Verbandsanwaltes Dr. Hirsch in Sachen des Straßenbahner-Streiks nicht billige. Herr Klein enthielt die interessante Thatsache, daß Herr Dr. Hirsch im Zentralrat erklärt habe, er (Hirsch) habe die Rede Zielens nicht gehört, die Fraktion sei während der Rede im Saal nicht anwesend gewesen. Das konnte begreiflicher Weise bei der Versammlung seine Sache nur verschlimmern. Dann erzählte Herr Klein, Herr Hirsch habe, als die Sache im Zentralrat zur Sprache kam, erklärt, als Abgeordneter sei er Niemand, auch dem Zentralrat nicht, eine Verantwortung schuldig, worauf Herr Rauch ihm zugerufen habe: „Dann ziehen Sie doch die Konsequenz!“ d. h. er solle seine Stelle als Anwalt niederlegen.

In Hamburg ist am 1. September das neuerrichtete Arbeitersekretariat eröffnet worden. Als Sekretäre sind die Genossen Oskmann und Lesche bestellt.

Organisation der schlesischen Metallindustriellen. Nach Durchlebung kapitalistischer Blätter haben die Breslauer Metallindustriellen: Aktien-Gesellschaft vormals H. Meinede, Breslau-Karlowitz, Breslauer Dampfessel- und Maschinenfabrik Boehme, Diener und Goldt, Krüger und Knauth, C. Hermann, Ernst Hofmann u. Co., Amand Niegel, Maschinenfabriken vorm. Gebr. Guttmann und Breslauer Metallgießerei-Aktien-Gesellschaft, Moritz Pringsheim, P. Suckow u. Comp., Gustav Trelenberg und Zenker u. Duabis einen „Verband schlesischer Metallindustrieller“ als Bezirksverband für die Provinz Schlessien des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller ins Leben gerufen und fordern durch Rundschreiben die ober-schlesischen Metallindustriellen zum Beitritt auf.

Für unsere Verbandsgenossen in Schlessien wird das gewiß ein Sporn sein, auch dem D. M. V. immer mehr Stützpunkte in Schlessien zu verschaffen; es ist dort noch viel zu thun übrig.

Die Generalversammlung des christlichen Zentralverbandes der Metallarbeiter, welche vom 2. bis 6. September in Köln tagte, erklärte sich mit den ausgesetzten Hamburger Arbeitern solidarisch. Gleichzeitig erließ sie einen Aufruf an sämtliche christlichen Arbeiter und forderte zur Unterstützung der christlichen Metallarbeiter in Hamburg auf. Zur Frage der Neutralität der Gewerkschaften nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Die erste Generalversammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands erklärt: Gleichwohl der Verband bei der Gründung auf christliche Grundlage und auf den Boden einer energischen sozialen Reform gestellt worden, so hält es die Generalversammlung für notwendig, daß auch künftig die christlichen Grundzüge und Prinzipien als Richtschnur und Leitmotiv innerhalb des Verbandes anerkannt werden; ferner wird der Verbandsvorsitzende als Mitglied der christlichen Gewerkschaftskommission den Verband in diesem Sinne zu vertreten haben.“

Gewerkschaftswahl in Regensburg. Nach langen Bemühungen erhielten die Regensburger Arbeiter endlich die Errichtung eines Gewerkschaftsgerichts zugestimmt. Am 3. Septbr. fanden nun die Wahlen der Beisitzer aus dem Stande der Arbeiter statt. Das Resultat war ein glänzender Sieg der Gewerkschaften gegen das Zentrum, das alle Fesseln in Bewegung gesetzt hatte, um das drohende Unheil eines „sozialdemokratischen“ Stieges abzuwenden. Die Gewerkschaften erhielten 786, das Zentrum 560 Stimmen. Wir beglückwünschen die Regensburger Genossen zu ihrem

schönen Erfolg, möge er sie anspornen, zu immer intensiverer Thätigkeit für die Ausbreitung und Festigung der Organisation.

In die Gewerkschafts-Beisitzer Deutschlands. Einem Antrage der in Leipzig am 21. und 22. Januar 1900 abgehaltenen Konferenz der Gewerkschafts-Beisitzer (Arbeiter) gemäß wurde beschlossen, eine fünfjährige Kommission einzusetzen, derart, daß aus den Städten Leipzig zwei, Dresden, Halle und Erfurt je ein Mitglied zu ernennen waren. Die nächste Aufgabe der Kommission soll darin bestehen, mit den Beisitzern bezw. deren Obmännern derjenigen Orte Deutschlands, an welchen sich ein nach dem Reichsgesetz vom 25. Juli 1890 geschaffenes Gewerkschaftsgericht befindet, einen gegenseitigen, in der Hauptsache brieflichen Verkehr beizubehalten und zu vermitteln. Im Weiteren sind die nötigen Unterlagen für eine später stattfindende Konferenz zu sammeln, sowie wichtige und prinzipielle Urtheile zusammenzustellen; auch wäre eine Statistik darüber aufzustellen, inwiefern die Arbeiter aus eigener Initiative Anregungen geben zur Abgabe von Gutachten über gewerbliche Fragen, sowie darüber, ob und inwiefern solche von den Staatsbehörden oder Kommunalverbänden verlangt werden. Der nächsten Konferenz für die Ortsgesetze zum Gewerkschaftsgericht wäre ferner ein Normalstatut vorzulegen, auch ist eine umfangreiche Agitation zu entfalten zur Errichtung von Gewerkschaftsgerichten an Orten, wo solche noch nicht bestehen. In erforderlichem Falle wollen sich die Gewerkschaftsleiter zu diesem Zwecke mit der Kommission in Verbindung setzen. Ueber Bescheide, sowie alles damit in Zusammenhang stehende Material ist der Kommission einzusenden zur eventuellen Herausgabe einer Denkschrift, über welche die nächste Konferenz zu beschließen hat. Um auf Grundlage der Beschlüsse der letzten Konferenz die Kommission in ihren Arbeiten zu unterstützen, ist es erforderlich, daß in allen Städten, wo Gewerkschaftsgerichte bestehen, die Beisitzer zusammenzutreten behufs Wahl eines Vertreters (Obmanns), welcher mit der Kommission in ständiger Fühlung steht. Einer Anregung der letzten Konferenz entsprechend, wird den Beisitzern empfohlen, in den einzelnen Orten anzubahnen, daß an der nächsten Konferenz auch die Unternehmerbeisitzer Theil nehmen können. Zu diesem Zwecke ist es erforderlich, daß an den Vorsitzenden des Gewerkschaftsgerichts der Antrag gestellt wird, unter dem Vorbehalt des Gewerkschaftsgerichts regelmäßig Plenarsitzungen abzuhalten. Ueber besondere Wahrnehmungen in der Rechtsprechung, sowie etwaige abweichende und widersprechende Amtsführungen des Gewerkschaftsgerichts ist der Kommission zu berichten. Die Beisitzer werden aufgefordert, an die jeweiligen Behörden den Antrag zu stellen, für eine Vertretung von Arbeiter- und Unternehmerbeisitzern auf Kosten der Gemeinde für die Besichtigung der Verbandsversammlung des „Verbandes Deutscher Gewerkschaften“ (Organisation der Gewerkschaften), welche alljährlich stattfindet, Sorge zu tragen. Die nächste Verbands-Versammlung findet in Mainz, Mittwoch, den 19. September 1900, statt. Den Gewerkschaftsbeisitzern wird empfohlen, das Organ „Das Gewerkschaftsgericht“, soweit es an die Beisitzer von der Gemeinde noch nicht gratis verabreicht wird, durch die Gerichtsschreiber für jährlich 1 M zu abonnieren. Die Obmänner werden ersucht, ihre Adressen einzurichten, sowie je ein Exemplar des Statutats an die Kommission zu senden. Die Gewerkschaftsbeisitzer, sowie die gesamten Gewerkschaften Deutschlands werden aufgefordert, hierzu Stellung zu nehmen und etwaige Anträge oder sonstige Wünsche an die Kommission zu richten.

Die Kommission hat ihre erste konstituierende Sitzung am 12. August in Leipzig abgehalten und besteht aus den unterzeichneten Mitgliedern: Franz Matijed, Leipzig, Hauptstraße Steinweg 12, Vorsitzender; Richard Holz, Dresden-N., Am See 33, 4. Et., Schriftführer; Felix Pfeiffer, Steindrucker, Leipzig-Anger, Karlstr. 22, 8. Et.; Franz Jährenbaum, Schneider, Erfurt, Wegengasse 14; G. Seifert, Maurer, Halle-Giebichenstein, Sudenstr. 6. Sämtliche Mittheilungen sind zu richten an den Vorsitzenden Matijed.

Aus der Feilenbranche.

Die Unternehmer der Feilenbranche erhalten zur Zeit folgendes Schriftstück zugeandt:

„Geehrter Herr Kollegel

Da die bisherigen Arbeitsnachweise gerade in unserer Branche zu vielen Unzuträglichkeiten geführt haben, so beabsichtige ich einen

Zentralarbeitsnachweis der Feilenhauer für Deutschland und Oesterreich ins Leben zu rufen.

Da ich mit allen Feilenhauereien und Fabriken in Verbindung trete, so ist es mir möglich, auf diesem Gebiete etwas Gutes zu schaffen. Von dieser meiner Einrichtung bitte ich Ihre Herren Gesellen in Kenntniß zu setzen und sich im Veränderungsfalle an mich zu wenden. Ich werde stets gerne bemüht sein, den Wünschen der Herren Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer aufs Beste nachzukommen. An Einzelschreibungen und Bemühungen bitte ich mir 1,50 M in Baar oder Briefmarken mit einzusenden.

Mit kollegialischem Gruß
F. Hirsch, Feilenhauermeister,
Berlin W.-Schönberg, Bahnstraße 17.“

Da der Herr wünscht, seine Einrichtung den Gesellen mitzutheilen, bringen wir diese an die breiteste Öffentlichkeit. Vor zirka 2 Jahren hat der Feilenindustriellenverband in seinem Verbandsorgan das Programm entwickelt. In erster Linie war davon die Rede, den Arbeitern gewisse vollständig auf Seite der Unternehmer zu bringen. Während der verfloßenen Zeit hat nun dieses Verbandsorgan von großen Fortschritten in dieser Beziehung berichtet. Auf einmal nun kommt ein Unternehmer und erklärt: die bestehenden Arbeitsnachweise sind unzutraglich. Daß den Herren Arbeitgebern der Zentralarbeitsnachweis der Feilenarbeiter des D. M. V. unzutraglich ist, wissen wir schon lange, aber daß ihnen auch die Unternehmerarbeitsnachweise nicht behagen, das kommt uns nach den Berichten im Verbandsorgan „Messier und Feile“ recht komisch vor. Der Führer des internationalen Arbeitsnachweises der

Feilenhauer für recht „lange Zukunft“ schreibt in seinem Zirkular, er sei stets bemüht, den Wünschen der Herren Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer aufs Beste nachzukommen. Was wird dieser Herr bei einem Streik thun? Die Unternehmer wünschen Arbeitswillige, die Arbeiter wünschen den Zugang fern zu halten. Wir wissen, welche Bedeutung die Unternehmerarbeitsnachweise haben: Streikbrecher angeworben und schwarze Listen in Umlauf zu bringen. Bezeichnend ist es, daß Herr Hirsch um vorherige Besprechung von 1,50 M bittet. Wir wünschen viel Glück. Aber das Geschäft wird nicht viel einbringen. S.

Litterarisches.

Ein neues Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten hat die Buchhandlung Hermanns wenige Tage vor dem Tode unseres Mitstreikers Diebnecht erscheinen lassen, in das auch die in den Urlaub bezw. Nachreisen neu hinzugekommenen Abgeordneten, die Genossen Schlegel-Eöllingen, Südekum-Märberg, Sachse-Waldenburg aufgenommen sind. Das Gruppenbild ist nach neuen, scharfen Photographien, welche die vollste Porträthähnlichkeit garantiren, auf seinem Glanzkarton in sauberster Ausführung zu dem billigen Preise von 60 J hergestellt. Wilhelm Fiebich, ein Kunstblatt in Original-Rupferdrückung, in der Größe von 58x40 Centimeter, hat die Buchhandlung Hermanns zum Preise von 1,50 M erscheinen lassen. Wir bringen dieses herrliche Kunstblatt, das die schönen Zimmererarbeiten bildet, unseren Genossen in Erinnerung mit dem Hinzufügen, daß als Gegenstück dazu auch die Porträts von Bebel und Singer zu gleichem Preise erschienen sind. Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 49. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Kolonialpolitik Frankreichs und der Sozialismus. Von Paul Louis, Paris. — Zur Lage der Hamburger Hafenarbeiter. Von Otto Passfeld. — Was lesen die Arbeiter? Von Konrad Jaenicke. — Wohnungs-Desinfektion. Von E. Söfel. — Feuilleton: Die Grundidee von Tolstois „Auferstehung“. Von A. Agelro.

Briefkasten.

F. Janslau. Die Resolution betr. Krankenversicherung befindet sich bereits wörtlich in Nr. 85 (i. Bericht aus Breslau).
S-f, Braunschweig. Leider Alles vergriffen.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.

- Schaffenburg. Samstag, 22. Sept., im „Bayerischen Hof“.
- Ashersleben. Sonnabend, 15. Sept., Abends 8 Uhr, in Schräbers Lokal. Der Ausschussung und der bevorstehende Rückgang in der Metallindustrie. Referent: Kollege Ritsch-Ragdeburg.
- Jungburg. Samstag, 22. Sept., Abends 8 Uhr, im „Blauen Hof“. Vortrag.
- Barmen. (Reiniger und Installateure.) Sonntag, 24. September, Vormittags 11 Uhr gemeinschaftliche Versammlung mit den Elberfelder Kollegen bei Reul, Elberfeld, Alsbachstr. 28.
- Stiefeld. Am 22. Sept., Abends halb 9 Uhr im Lokale des Herrn Kahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.
- Bitterfeld. Samstag, den 22. Sept. — Die Herberge befindet sich bei Karl Hankewitz, Rathswall 20.
- Bremershausen. Sonnabend, 22. Sept., Abends halb 9 Uhr, im „Koloßium“.
- Brieg. Sonnabend, den 22. September, Abends halb 9 Uhr Zahlabend bei Kube im Schlüssel.
- Bromberg. Dienstag, 18. Sept., Abends 8 Uhr, bei Stöckmann.
- Caustadt. (Sektion der Schmebe u. verw. Berufe.) Samstag, den 15. September, Abends 8 Uhr, im Lokal zur „Gute“, Marktstraße. Gewerkschaftshaus. Weihnachtsfeier.
- Cheunitz. Sonnabend, 22. September, Abends 9 Uhr, in Schuppenhauers Restaurant, Mühlentstraße 36.
- Darmstadt. Neben 1. u. 3. Samstag im Monat in „Cramers Bierhalle“, Dieburgerstraße.
- Hortmund. (Allg.) Samstag, 22. September, Abends halb 9 Uhr, Mühlentstraße 1.
- Hortmund. (Sektion der Reiniger.) Samstag, den 29. September, bei Grünert, Stübengasse 4. Vortrag des Herrn W. Hegemann.
- Quisburg. (Allg.) Sonnabend, 22. Sept., Abends 9 Uhr, im „Hof von Holland“.
- Sisenach. Am 21. Sept., im „Fröhlichen Mann“.
- Fuerbach. Sonntag, 16. September, Vormittags halb 11 Uhr im Gewerkschaftshaus. Die Mitglieder werden ersucht ihre Mitgliedsbücher dem Stolporteur zu geben oder in die Versammlung zu bringen zwecks Einleitung einer Bekanntschaftung.
- Frankfurt a. M.-Fockenheim. Samstag, 7. Sept., Abends halb 9 Uhr, im „Erlanger Hof“, Borsingstraße 11, 1. Oberad. Montag, 17. September, Abends 9 Uhr, im „Lamm“, Frankfurterstraße 16.
- Freiberg i. F. Jeden Sonnabend von 8—10 Uhr Abends Zusammenkunft der Verbandsmitglieder im Vereinslokal und der Herberge Fiebachs, Rannengasse 2. Entgegennahme von Beiträgen und Aufnahme neuer Mitglieder.
- Freiburg i. Schl. Sonnabend, 22. Septbr., Abends 8 Uhr, im „Kronprinz“. Bericht des Rasterers über unsere Rassenverhältnisse. Vortrag über „Ethische Eigenschaften“ aus „Neue Zeit“ von G. Seifert. Gedruckt.

